

BÜCHER

Wohlfahrtsstaaten und Arbeitsbeziehungen in der Wirtschaftskrise

Rezension von: Steffen Lehndorff (Hrsg.),
Ein Triumph gescheiterter Ideen. Warum
Europa tief in der Krise steckt. Zehn
Länder-Fallstudien, VSA-Verlag,
Hamburg 2012, 285 Seiten, broschiert,
€ 19,80. ISBN 978-3-899-65511-7.

Ziel des Sammelbandes ist die Erörterung von drei Fragen, welche die zehn Länderanalysen (Schweden, Großbritannien, Irland, Deutschland, Frankreich, Österreich, Ungarn, Griechenland, Italien und Spanien) rahmt. Erstens, wie haben Veränderungen der nationalen Wohlfahrtsstaaten und der Arbeitsbeziehungen zur Entstehung der Wirtschafts- und Finanzkrise beigetragen? Zweitens, welche Auswirkungen hat die Krise auf die nationalen Kapitalismusmodelle, und wie haben sich diese in der Krise verändert? Drittens, was sind die Herausforderungen und Handlungsoptionen der Akteure hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der nationalen Sozioökonomien? Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit den Reaktionen der Gewerkschaften auf die Krise und möglichen Chancen für deren Revitalisierung. Der abschließende Beitrag stellt die Widersprüche und Herausforderungen des neuen Rahmens der „Europäischen Wirtschaftsregierung“ und der Ziele der „Europa-2020“-Strategie dar.

Die präsentierten Analysen der nationalen Modelle des Kapitalismus berücksichtigen längerfristige Entwicklungspfade der nationalen Wohlfahrtsstaaten, Arbeitsmarktregimes und Arbeitsbeziehungen, statt eine kurzfristige Krisendiagnose zu stellen. In seiner Einleitung präsentiert Lehndorff einen differenzierten konzeptionellen Rahmen, um die Kernfragen des Sammelbandes analytisch zu erfassen. Nationale Modelltypen werden hinsichtlich zweier Dimensionen differenziert; erstens unterscheidet der Autor zwischen koordinierten und liberalen Marktwirtschaften und zweitens nach dem vorherrschenden Typus des Wohlfahrtsstaates. Beide Dimensionen werden aus dynamischer Perspektive betrachtet und zielen auf die Frage nach den spezifischen Ausprägungen und Entwicklungsprozessen der nationalen Modelle des Korporatismus in den Jahren der Krise ab. Die Analyse der zehn Länder erlaubt eine differenziertere Betrachtung der allgemeinen Diagnose des Aufstiegs des Neoliberalismus und der Erosion der Demokratie im westlichen Kapitalismus (z. B. Crouch [2004 und 2011]; Posner [2010]; Streeck [2013]). Die Gesamtschau der Beiträge zeigt, dass dieser Befund im Kern auch für die koordinierten Marktwirtschaften der untersuchten Länder bestätigt wird.

Wie Anxo in seinem Beitrag zeigt, war das schwedische Modell zu Beginn der Krise in guter Verfassung. Grundlegende Merkmale des nationalen Modells sind ein Tarifsysteem, das lohnpolitische Koordinierung mit der Flexibilisierung und Dezentralisierung

der Tarifverhandlungen in Einklang bringt, und ein System der sozialen Sicherung, das trotz Reformen soziale Inklusion gewährleistet. Die jüngste Reform der Arbeitslosenversicherung hat die Gewerkschaften, die den Arbeitslosenversicherungsfonds verwalten („Ghent-System“), geschwächt. Dem Abschwung sind Sozialpartner und Regierung mit expansiver Fiskalpolitik (Investitionen in öffentliche Infrastruktur, Zahlungen an Kommunen) und aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen begegnet, während staatlich geförderte Programme zum Erhalt der Beschäftigung wie Kurzarbeit eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Stattdessen haben Unternehmen vor allem mit der Erhöhung der numerischen Flexibilität auf Auftragsrückgänge reagiert, die zum Anstieg der Arbeitslosigkeit insbesondere von jungen ArbeitnehmerInnen und LeiharbeiterInnen geführt hat. Obwohl der schwedische Wohlfahrtsstaat vergleichsweise vital wirkt, hat die schlechende Dualisierung des Arbeitsmarktes zu einer strukturellen Benachteiligung von bestimmten Gruppen (Jugendliche, MigrantInnen, gering Qualifizierte) geführt. Das Ziel der Vollbeschäftigung – die Grundlage des schwedischen Kapitalismusmodells – wird dadurch unterminiert.

Eine ähnliche Entwicklung konstatieren Herrmann und Flecker für Österreich. Obwohl sich seit den 1980er-Jahren ein langsamer Übergang von nachfrage- zum angebotsseitigen Korporatismus vollzogen hat, weist das österreichische Modell der Sozialpartnerschaft ein hohes Maß an Stabilität auf. Das Tarifsystem ist umfassend und hoch koordiniert, und die konservative Ausrichtung des Wohlfahrtsstaates ist bestehen geblieben. Auf die

Krise haben politische Akteure und Sozialpartner mit umfangreichen Paketen zur Ankurbelung der Konjunktur (Infrastruktur, Steuersenkungen) reagiert. Allerdings kam es zu Kürzungen von Sozialleistungen und Einsparungen im öffentlichen Sektor. Die wichtigste tarifpolitische Innovation auf nationaler Ebene war die Reform der Kurzarbeit. Trotz der kurzzeitigen Wiederbelebung der österreichischen Sozialpartnerschaft während der Krise kritisieren die Autoren die zunehmende Ungleichheit als Folge des konservativen Wohlfahrtsstaatsmodells und die dauerhafte, moderate Entwicklung der Reallöhne, die zum Teil durch die starke Abhängigkeit der Wirtschaft von Exporten nach Deutschland bedingt und Ausdruck eines „Wettbewerbskorporatismus“ ist.

Weitreichende institutionelle und sozioökonomische Veränderungen, deren Auswirkungen für die EU bedeutsam sind, haben sich in Deutschland vollzogen, wie Steffen Lehndorff zeigt. Zwei Trends sind dabei von Bedeutung. Erstens kam es zu einer langsamen Erosion des Tarifsystems, die von einer Aushöhlung des Flächentarifvertrags hinsichtlich Reichweite und Tarifstandards, der organisatorischen Schwächung der Gewerkschaften und, im Zusammenhang damit, zu einer „disorganisierten“ Dezentralisierung der Tarifverhandlungen¹ gekennzeichnet ist. Zweitens haben die Reformen der Arbeitsmarktregulierung (Hartz IV) zum Anstieg von atypischen Beschäftigungsformen geführt, die von der tarifpolitischen Regulierung weitgehend ausgenommen sind. Ein Ausdruck der Machtverschiebungen zwischen den Akteuren ist die Stagnation der Reallöhne seit den späten 1990er-Jahren.

In der Krise kam es zu zwar zu einer

Revitalisierung der Sozialpartnerschaft wie beispielsweise den Reformen der Kurzarbeitsregelungen und betrieblichen Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung durch die Flexibilisierung der Arbeitszeit. Tarifverträge zur Sicherung der Beschäftigung wurden aber weitgehend für qualifizierte Stammbeschäftigten abgeschlossen, während LeiharbeiterInnen am stärksten von Entlassungen betroffen waren (siehe auch den Beitrag von Urban). Der Autor betont, dass es einer grundlegenden Reform der tarif-, arbeitsmarkt- und steuerpolitischen Regulierung (z. B. die vermehrte Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen, Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes) sowie einer Modernisierung des konservativen Wohlfahrtsstaates bedarf, um das fundamentale Machtungleichgewicht zwischen Gewerkschaften und Unternehmen (v. a. in den Export- und Finanzbranchen) zu verringern. Wie der Autor kritisiert, versuchen die politischen Akteure genau jene Elemente des deutschen Modells (d. s. Lohnzurückhaltung, strikte Budgetkonsolidierung und Schuldenabbau sowie die Flexibilisierung und Deregulierung der Tarif- und Arbeitsmarktpolitik), die zu den Ungleichgewichten in der EU maßgeblich beigetragen haben, als Ausweg aus der Krise auf europäischer Ebene durchzusetzen.

In Frankreich beobachten Jany-Catrice und Lallement zwar eine kurzfristige Wiederbelebung der tripartistischen Konzertierung zwischen Regierung und Sozialpartnern. Während der Krise wurde die zentrale Rolle des Staates bei Maßnahmen wie der Reform des Kurzarbeitergeldes und der Auflage von Konjunkturprogrammen deutlich. Die schwach organisierten Gewerk-

schaften hingegen haben im dezentralisierten Tarifsystem Frankreichs weniger Gestaltungsmöglichkeiten, Tarifpolitik als Instrument gegen die Krise einzusetzen. Kurzarbeit wurde vor allem in den Großunternehmen der exportorientierten Branchen wie der Automobilindustrie genutzt. Die Autoren weisen auf den Anstieg der sozialen Ungleichheit durch Steuerreformen hin, von denen vor allem die Bezieher hoher Einkommen und die Vermögenden profitiert haben. Die Reallöhne haben sich in den Jahren vor und während der Krise jedoch positiv entwickelt. Da allerdings gegenwärtig die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie – neben Kürzungen im öffentlichen Sektor – auf der politischen Agenda ganz oben stehen, ist fraglich, ob die Gewerkschaften in der Lage sein werden, weiterhin eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik durchzusetzen.

Grimshaw und Rubery weisen auf zwei grundlegende Entwicklungspfade des britischen Modells hin. Zum einen weist das Land ein ausgeprägt neoliberales Modell auf, das auch während den Jahren der Regierung von „New Labour“ nur wenig abgeschwächt worden ist. Der Handlungsspielraum der Gewerkschaften und der Regierung, auf die Krise zu reagieren, war deshalb begrenzt. Abkommen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften wurden auf der Unternehmensebene, und überwiegend in den industriellen Sektoren, getroffen und hatten vor allem die Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnzurückhaltung zum Inhalt. Zweitens kam es unter der neuen konservativ-liberalen Regierung zu einem weiteren Rückzug des Staates und zur fortgesetzten Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Die Kürzung von So-

zialtransfers, die vor allem die Armen und armutsgefährdeten Bevölkerungsgruppen trifft, bedeutet einen weiteren Rückbau des residualen britischen Wohlfahrtsstaates.

In Irland hatte die Krise, wie Wickham zeigt, einerseits grundlegende Veränderungen der industriellen Beziehungen zur Folge. Andererseits wurden als Ausweg aus der Fiskalkrise, in der Irland ein Kreditpaket von IMF und EU erhalten hat, neoliberale politische Ansätze wie niedrige Unternehmenssteuern und Maßnahmen zur Attraktion ausländischer Direktinvestitionen beibehalten. Da die Kredithilfe an die Bedingung der Herstellung eines ausgeglichenen Staatshaushalts und die Verringerung der öffentlichen Verschuldung geknüpft ist, kam es zu umfassenden Einschnitten bei Sozialleistungen und Löhnen öffentlich Bediensteter. Wie der Autor feststellt, bedeutet die Krise das Ende der Sozialpartnerschaft und den Verlust des Einflusses der Gewerkschaften auf politische Entscheidungsprozesse und somit einen weiteren Wandel in Richtung des liberalen Kapitalismusmodells.

Simonazzi betont in ihrem Beitrag, dass das italienische Produktions- und Sozialsystem bereits vor der Krise von Spaltungen gekennzeichnet war. Geringes Produktivitätswachstum und Innovationsschwäche, ein segmentierter Arbeitsmarkt, in dem vor allem für jungen Menschen der Zugang zu sicheren Arbeitsplätzen begrenzt ist, und eine stark steigende Staatsverschuldung haben den Handlungsspielraum der Regierung in der Krise stark eingeschränkt. Die Fähigkeit der politisch gespaltenen Gewerkschaften, mittels Tarifpolitik die Auswirkungen der tiefen Rezession abzumildern war – bis auf die Reform und Umsetzung der Kurz-

arbeitsregulierung – begrenzt. Als Ausweg aus der Schuldenkrise hat die technokratische Regierung Monti Ausgabenkürzungen, die Deregulierung des Arbeitsmarktes (v. a. Einschränkung des Kündigungsschutzes) sowie die weitere Dezentralisierung der Lohnverhandlungen durchgesetzt. Die Folgen waren ein weiterer Einbruch des Wirtschaftswachstums, steigende Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit. Wirkungsvolle Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuervermeidung und regionaler und sozialer Ungleichheit haben im Regierungsprogramm weitgehend gefehlt, ebenso wie die Modernisierung des „familialen“ Wohlfahrtsstaates und Programme zur Förderung von Wachstum und Innovationen.

Besonders deutlich wurde das Scheitern des Beschäftigungs- und Wirtschaftsmodells in Spanien, wie Banyuls und Recio zeigen. Während die Wettbewerbsschwäche der Industrie zu einer De-Industrialisierung geführt hat, haben sich der Finanzsektor und – in Zusammenhang damit – die Bauwirtschaft zum Motor für das Wirtschaftswachstum entwickelt, der mit der globalen Finanzkrise zum Stillstand gekommen ist. Die Arbeitslosigkeit, vor allem von Jugendlichen, ist während der Krise auf das höchste Niveau in der EU gestiegen. Die Gewerkschaften waren bei der Mobilisierung zum Protest gegen die Sparpolitik, vor allem bei Arbeitslosen und Jugendlichen, nur Nebenakteure. Als Ausweg aus der Krise hat die Regierung vor allem Maßnahmen zur Flexibilisierung der Arbeitsmarktregulierung (v. a. Lockerung des Kündigungsschutzes), der Dezentralisierung und der Flexibilisierung des Tarifsystems (z. B. Ermöglichung von Abweichungen von sektoralen/natio-

nenalen Tarifstandards auf Unternehmensebene) und Kürzungen der Löhne öffentlich Bediensteter durchgesetzt. Der strikte Sparkurs der Regierung verhindert die wirtschaftliche Erholung des Landes, während tiefer greifende – und längerfristig angelegte – Reformen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit sowie zur Modernisierung des residual-konservativen Wohlfahrtsstaates unterblieben sind.

In Griechenland hat die Krise zum Zusammenbruch des sozioökonomischen Modells des Landes geführt. Karamessini beobachtet einen Übergang vom staatsgeführten zum liberalen Kapitalismus in den Jahren vor der Krise. Der Staat hat sich aus der Bereitstellung von Wohlfahrtsleistungen zurückgezogen, gleichzeitig aber einen einseitigen fiskalpolitischen Expansionskurs (v. a. Förderung von großen Infrastrukturprojekten) verfolgt. Die Folge waren die stetige Verschlechterung der Wettbewerbsposition der Exportindustrie und eine rapide ansteigende Staatsverschuldung, die sich durch den steilen Anstieg der Arbeitslosigkeit während der Krise vergrößert hat. Die beiden Kreditpakete, die das Land erhalten hat, sind an die Bedingung der Sanierung des Staatshaushaltes gebunden. Die Regierung hat tiefe Einschnitte bei Sozialausgaben, die Dezentralisierung des Tarifsystems, die Deregulierung des Arbeitsmarktes, die Einschränkung von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten und die Kürzung der Löhne öffentlich Bediensteter durchgesetzt. Wie in den anderen Staaten der südlichen Peripherie der Eurozone zeigt sich auch in Griechenland die wachstumshemmende Wirkung ausgabenseitiger Sparpolitik, die weder zur fiskalischen Stabilisierung noch zur Verbesserung der wirtschaftli-

chen Wettbewerbsfähigkeit des Landes geführt hat.

Ungarns Entwicklung seit dem Beginn der globalen Finanzkrise beschreiben Tóth, Neumann und Hossú als „Leidensgeschichte“. Die Autoren weisen auf zwei Merkmale des ungarischen Kapitalismusmodells hin, die zur sozioökonomischen Destabilisierung des Landes beigetragen haben. Erstens ist die wirtschaftliche Entwicklung stark abhängig von ausländischen Direktinvestitionen. Zweitens haben hohe Erwartungen an den Wohlfahrtsstaat, der für bestimmte Bevölkerungsgruppen wie PensionsbezieherInnen großzügige Leistungen bereitstellt,² zum Anstieg der öffentlichen Schulden beigetragen. Ende 2008 erhielt Ungarn ein Kreditpaket des IWF, das an die Bedingung der Senkung des Haushaltsdefizits gebunden war. Die Maßnahmen der neuen nationalkonservativen Regierung haben die politische und ökonomische Instabilität weiter erhöht. Die Reform des Tarifsystems zielt auf eine disorganisierte Dezentralisierung und eine Schwächung der Gewerkschaften ab. Im öffentlichen Sektor kam es zu Lohnkürzungen, und Gewerkschafts- und ArbeitnehmerInnenrechte wurden eingeschränkt. Den stark fragmentierten Gewerkschaften haben Ressourcen für tarifpolitische Antworten auf die Krise weitgehend gefehlt. Die Reformen der Regierung, die auf die Konzentration von Macht abzielen, haben zur Entdemokratisierung der politischen und sozioökonomischen Sphäre geführt. Als Ausweg bleibt den Autoren zufolge nur mehr die Hilfe der EU in Form einer grenzüberschreitenden Abstimmung politischer Maßnahmen für Wachstum und zur Eindämmung des Regimewettbewerbs.

Mögliche Revitalisierungschancen für die Gewerkschaften unter den Bedingungen des Krisenkorporatismus präsentiert Urban für Deutschland. Dabei nimmt er institutionelle und mitgliederbasierte Machtquellen der Gewerkschaften in den Blick und leitet daraus deren Strategieoptionen ab. Die Krise hat den Gewerkschaften zwar neue interessenpolitische Einflusskanäle und Verhandlungsspielräume eröffnet (z. B. Sozialpakt, Reform des Kurzarbeitergeldes, Tarifverträge zur Sicherung der Beschäftigung), sie mussten aber im Gegenzug häufig Zugeständnisse machen (v. a. Lohnzurückhaltung, Arbeitszeitflexibilisierung). Außerdem war die Reichweite der Tarifverträge gegen die Krise auf hoch qualifizierte Stammbeslegschaften in der Industrie begrenzt. Im ökonomischen Kontext der Krise hatten sowohl Staat als auch Arbeitgeber ein Interesse an der Kooperation mit den Gewerkschaften, während das Interesse der Gewerkschaften an Sozialpakten auf einer – kurzfristigen – Vermehrung der institutionellen Ressourcen gründete. Allerdings verfügen die Gewerkschaften nicht über jene Macht, die eine Durchsetzung von Lohnsteigerungen und sicherer Beschäftigung ermöglicht. Der Wandel des deutschen Arbeitsmarktregimes hat die Möglichkeit einer solidarischen Lohnpolitik unterminiert (siehe auch Lehndorff). Doch auch der „Schuldenstaat“ (Streeck [2013]), dessen Handlungsoptionen durch die verstärkte fiskal- und wirtschaftspolitische Steuerung der EU eingeschränkt sind, hat im Krisenkorporatismus an Macht verloren.

Die überzeugenden Analysen der Autoren, die der Band präsentiert, lassen sich um eine weitere Schlussfolgerung ergänzen. Wie Urban feststellt,

erfordern die gegenwärtigen Entwicklungen der nationalen Modelle in Richtung Neoliberalismus und die jüngsten Reformen des Rahmens der Europäischen Wirtschaftsregierung den Aufbau von Institutionen auf mehreren Ebenen. Die Länderbeiträge fokussieren vor allem auf mögliche Handlungsstrategien der Gewerkschaften auf nationaler Ebene. Die Rolle der Gewerkschaften bei der Schaffung europäischer Institutionen zur tarifpolitischen Koordinierung und des sozialen Dialogs bleibt dabei unterbelichtet. Vor dem Hintergrund der Einseitigkeit der wirtschaftspolitischen Steuerung auf EU-Ebene, die mit den Zielen der Schaffung von Wachstum und der Sicherung der sozialen Inklusion, wie sie in der Europa-2020-Strategie formuliert sind, unvereinbar sind (siehe den Beitrag von Leschke, Theodoropoulou und Watt), könnten europäische und nationale Gewerkschaften ein Gegengewicht aufbauen. Das erfordert allerdings die Errichtung unterstützender regulativer Institutionen durch die europäischen politischen Akteure sowie eine Korrektur der einseitig ausgabenorientierten wirtschafts- und fiskalpolitischen Koordinierung in der EU.

Vera Glassner

Anmerkungen

¹ Traxler (1995).

² Vgl. Bohle und Greskovits (2012).

Literatur

- Bohle, Dorothee; Greskovits, Béla, *Capitalist Diversity on Europe's Periphery* (Ithaca, NY, 2012).
 Crouch, Colin, *Post-Democracy* (Cambridge 2004).
 Crouch, Colin, *The Strange Non-Death of Neoliberalism* (Cambridge 2011).

Posner, Richard, *The Crisis of Capitalist Democracy* (Cambridge 2010).

Streeck, Wolfgang, *Gekaufte Zeit* (Berlin 2013).

Traxler, Franz, Farewell to Labour Market Associations? Organized versus Disorganized Decentralization as a Map for Industrial Relations, in: Crouch, Colin; Traxler, Franz (Hrsg.), *Organized Industrial Relations in Europe: What Future?* (Aldershot 1995) 3-19.

„Die Ökonomik der Arbeiterbewegung zwischen den Weltkriegen“

Band 6 Rudolf Hilferding: Finanzkapital und organisierter Kapitalismus

Günther Chaloupek, Heinz D. Kurz, William Smaldone

Heinz D. Kurz
Rudolf Hilferdings *Das Finanzkapital*

William Smaldone
Rudolf Hilferding, „Organisierter Kapitalismus“, und die Politik der Weimarer Sozialdemokratie

Günther Chaloupek
Karl Renners Konzeption des „demokratischen Wohlfahrtsstaats“

Graz 2011, 104 Seiten, € 14,90.

Bestellungen bei: Leykam Buchverlagsgesellschaft m.b.H. Nfg. & Co. KG,
Ankerstraße 4, A-8057 Graz, Tel. +43 (0) 5 0109-6530 bis 6533, 6535,
Fax: +45 (0) 5 0109-6539, e-mail: verlag@leykam.com

Post-Keynesianische Theorie und Politik

Rezension von: Paul Davidson, *Post Keynesian Macroeconomic Theory, A Foundation for Successful Economic Policies for the Twenty-First Century*, 2nd Edition, Edward Elgar, Cheltenham 2011, broschiert, 354 Seiten, £ 35. ISBN 978-1-849-80980-1.

Wenn jemand siebzehn Jahre nach dem Erscheinen eines makroökonomischen Lehrbuchs eine zweite Auflage eben jenes Lehrbuchs veröffentlicht, dann ist das eigentlich kein großes Ereignis, für das man sich unbedingt interessieren müsste. Das gilt selbst dann, wenn der Untertitel – wie im Übrigen auch schon der ursprüngliche – verspricht, eine Grundlage für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik des 21. Jahrhunderts zu liefern. Paul Davidsons Lehrbuch „Post Keynesian Macroeconomic Theory“ stellt diesbezüglich jedoch aus mindestens drei Gründen eine seltene und wesentliche Ausnahme dar.

Erstens handelt es sich um eines der wenigen Lehrbücher zur post-Keynesianischen makroökonomischen Theorie, die als echte Alternative zum *Mainstream* der Volkswirtschaftslehre gerade für kritische Studierende und wirtschaftstheoretisch sowie -politisch Interessierte von potenziell großer Relevanz ist.

Zweitens ist der Autor einer der profiliertesten und bekanntesten post-Keynesianischen Ökonomen überhaupt und einer der Exponenten – wenn nicht *der* Exponent – des US-amerikanischen Post-Keynesianismus. Paul Da-

vidson ist emeritierter Professor für Politische Ökonomie an der University of Tennessee in Knoxville, Mitbegründer und Herausgeber des *Journal of Post Keynesian Economics* sowie aktuell Senior Fellow am Schwartz Center for Economic Policy Analysis an der New School University in New York.

In seinem langen Forscherleben hat er extensiv sowohl über grundsätzliche theoretische Fragen – vor allem die Interpretation von Keynes' Werk und die zentrale Rolle der fundamentalen Unsicherheit – als auch über wirtschaftspolitische Themen publiziert. Hinsichtlich der Wirtschaftspolitik hat er immer wieder die zentrale Bedeutung einer Reform des Weltwährungssystems hervorgehoben. Gerade in den letzten Jahren war Davidson sehr aktiv und hat eine Keynes-Biographie (Davidson [2007]) und eine aktuelle wirtschaftspolitische Monografie nach der Krise (Davidson [2009]) publiziert.

Drittens schließlich ist die Tatsache, dass die zweite Auflage nach der Großen Rezession erscheint, besonders interessant, weil man sich entweder besondere Einsichten bezüglich dieser jüngsten globalen Wirtschafts- und Finanzkrise erhoffen mag oder aber man an der Frage interessiert sein könnte, ob die jüngeren Entwicklungen und besonders die Krise denn etwas an der ursprünglichen Position des Autors geändert oder sie möglicherweise sogar verstärkt haben. Es ist nicht allzu erstaunlich, dass Davidson – wie viele andere Post-Keynesianer auch – sich mit Recht durch die jüngste Krise in seinen theoretischen und wirtschaftspolitischen Ansichten bestärkt fühlt.

Viel erstaunlicher ist, dass man sich die aktuellen Bezüge und sämtliche Unterschiede zur ersten Auflage als LeserIn selbst mühsam heraussuchen

muss: Ein Vor- oder Nachwort, eine neu geschriebene Einleitung oder ähnliches, in dem auf die Unterschiede zur ersten Auflage oder die neueren Entwicklungen hingewiesen würde, sucht man jedoch vergebens. Das ist ärgerlich und völlig unnötig, denn tatsächlich hat Davidson viele neueren Entwicklungen zur Kenntnis genommen und verarbeitet: Ein neues Kapitel 9 „Financial markets, fast exits and great depressions and recessions“ geht auf die Deregulierung der Finanzmärkte, das Problem des „Shadow banking“ und die resultierenden Instabilitätsrisiken der überbordenden Verschuldung der privaten Haushalte in den USA ein. Mit offensichtlicher Genugtuung zitiert Davidson dort eine eigene Äußerung aus dem Jahr 2004, in der er die ungeheuren Risiken und das gigantische Krisenpotenzial im Finanzsystem korrekt beschrieb. Aber auch sonst sind überall im gesamten Buch an vielen Stellen Aktualisierungen vorgenommen und ist neuere Literatur verarbeitet worden.

Davidson erweist sich im gesamten Buch als hervorragender Interpret Keynes', dem es wirklich gelingt, zentrale Botschaften von Keynes und vor allem die zentralen Unterschiede zur *Mainstream*-Ökonomie herauszuarbeiten. Allein schon die Lektüre des zweiten Kapitels „The essential difference between the general theory and the classical system“ ist – gerade für Studierende oder PraktikerInnen, die im *Mainstream* ausgebildet wurden – eine Offenbarung. Davidson zeigt anschaulich und schlüssig, warum Keynes seine Theorie als die allgemeine Theorie, die die klassische als Spezialfall enthält, auffasste, und warum die in den *Mainstream*-Lehrbüchern übliche Auffassung, die die Keynes'sche Theorie zu Spezialfällen in einem ansonsten neo-

klassisch geprägten System degradiert, unzutreffend ist. Äußerst hilfreich für ein tieferes Verständnis ist der in den folgenden Kapiteln detaillierter herausgearbeitete Versuch einer axiomatischen Fundierung des Keynes'schen Ansatzes, wodurch dieser gegenüber dem ebenfalls axiomatisch operierenden *Mainstream* besser abgegrenzt und gleichzeitig potenziell aufgewertet werden kann.

Nach Davidson ist der *Mainstream* durch drei Axiome charakterisiert, die von Keynes explizit verworfen wurden: die Neutralität des Geldes, das Substitutionsaxiom, wonach letztlich alles und jedes durch andere Dinge substituiert werden kann, und das Ergodizitätsaxiom, wonach die Zukunft grundsätzlich auf Basis vergangener Erfahrungen und aktueller Daten vorhersagbar ist.

Dem stellt Davidson fünf wesentliche Eigenschaften gegenüber, durch die aus Keynes'scher Sicht die Wirklichkeit geprägt sei (S. 17ff): 1. die kurz- wie langfristige Nicht-Neutralität des Geldes; 2. Nicht-Ergodizität, d. h. die auch im wahrscheinlichkeitstheoretischen Sinne nicht vorhersehbare Zukunft und damit fundamentale Unsicherheit, mit der die Wirtschaftssubjekte konfrontiert sind; 3. die Verwendung von Geld als allgemeinem Zahlungsmittel zur Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen; 4. die beiden besonderen Elastizitätseigenschaften von Geld, nämlich die Produktionselastizität von null und die Substitutionselastizität gegenüber produzierbaren Gütern von null; 5. Arbeitslosigkeit als Normalfall in einer kapitalistischen Geldökonomie und Vollbeschäftigung als unwahrscheinlicher Spezialfall: Die Wirtschaftssubjekte halten rationalerweise Geld (Liquidität), um angesichts von fundamentaler

Unsicherheit vertraglichen Verpflichtungen nachkommen zu können. Da Geld kein produzierbares Gut ist, ist das Halten von Liquidität automatisch mit einem Verlust an Produktion und Beschäftigung verbunden: Unterbeschäftigung wird daher zum Normalfall.

In den folgenden Kapiteln werden die grundlegenden Einsichten schrittweise angewendet und vertieft. Einer ausführlichen Analyse von Konsumnachfrage und Investitionsnachfrage (Kap. 3 und 4) schließt sich die Multiplikatoranalyse der Staatsausgaben in Kapitel 5 an. In den Kapiteln 6 bis 8 folgt eine Vertiefung der monetären Analyse. Nach dem bereits erwähnten neuen Kapitel 9 widmet sich Davidson zunächst den Themen Inflation, Keynes'scher Angebots- und Nachfrageanalyse, Arbeitsangebot und -nachfrage (Kapitel 10-12), um dann bis Kapitel 17 auf eine internationale Perspektive überzugehen, an deren Ende Vorschläge für ein neues Weltwährungssystem stehen.

Davidson schreibt über das gesamte Buch hinweg äußerst verständlich, dabei stilistisch und rhetorisch brillant. Die teilweise doch ziemlich komplexe Materie wird so leicht zugänglich, ohne dabei jedoch in unzulässiger Weise vereinfacht zu werden. Die wirtschaftspolitischen Anwendungen und Schlussfolgerungen sind zudem stets präsent.

Mit dem ökonomischen *Mainstream* geht Davidson im gesamten Buch nicht eben zimperlich um. Gerade im 18. und letzten Kapitel über „Truth and labelling in economic textbooks“ konzentriert er noch einmal seine Angriffe gegen den alten keynesianischen *Mainstream* in Gestalt der Neoklassischen Synthese und gegen den Neu-Keynesianismus, die Davidsons Ansicht nach beide zu Unrecht als keynesianisch bezeichnet

werden. Schlüssiger, überzeugender und pointierter als Davidson kann man die Unterschiede zwischen einem echten Keynesianismus im Sinne Keynes' und der Verballhornung durch den ökonomischen *Mainstream* kaum aufzeigen.

Davidson scheut dabei allerdings auch vor persönlichen Angriffen und Spott nicht zurück. So wird Alan Greenspan am Ende des ersten Kapitels regelrecht vorgeführt, weil er in einer Anhörung vor dem US-Kongress hatte bekennen müssen, dass er bestimmte Dinge im Zusammenhang mit der Krise nicht vorhergesehen und verstanden habe. Davidson wünscht Greenspan daher, die Lektüre seines Lehrbuches möge ihm das Verständnis für die Ursachen der Krise und die zu ihrer Bekämpfung notwendigen Maßnahmen zukünftig erleichtern.

Zwar hat die mitunter scharfzüngige Kritik sicher einen hohen Unterhaltungswert. Gerade die zuletzt angeführte Äußerung Davidsons ist jedoch symptomatisch für die leider nicht zu leugnende große Schwäche des Lehrbuches: Paul Davidsons Selbst- und Sendungsbewusstsein ist so groß, dass er dazu neigt, seine Ansichten über Keynes und den Post-Keynesianismus zu verabsolutieren und die Leistungen anderer wichtiger Post-Keynesianer aus Vergangenheit und Gegenwart zu ignorieren. So sucht man eine Erwähnung oder gar Auseinandersetzung mit der kaleckianischen Tradition, der neoricardianischen Schule, der Modern Money Theory oder anderen aktuellen Entwicklungen im Post-Keynesianismus vergeblich. Es ist schon erstaunlich, welche prominenten Namen allesamt nicht den Weg ins Personenregister gefunden haben: Philip Arestis, Amit Bhaduri, Alfred Eichner, Wynne

Godley, Geoffrey Harcourt, John King, Jan Kregel, Marc Lavoie, Hyman Mynski, Basil Moore, Malcolm Sawyer, Randall Wray – um nur einige sehr wesentliche zu nennen.

Aufgrund der schieren Anzahl an nicht berücksichtigten Personen, und damit auch ihrer Ansichten, ist ein Versehen schlicht unmöglich. Tatsächlich hat die Ausgrenzung bestimmter Sichtweisen und Personen bei Paul Davidson Tradition und Methode. So verständlich und attraktiv Davidsons Anliegen, eine kohärente axiomatische Formulierung der wesentlichen Keynes'schen Botschaft zu entwickeln und als klare Abgrenzung zum *Mainstream* zu benutzen, grundsätzlich sein mag, so sehr schießt er dabei jedoch im Einzelnen über das Ziel hinaus.

Fast schon legendär ist die von Davidson (1982, S. 252) in der *Scientific Community* gestiftete Unruhe, als er einen Streit darüber anzettelte, ob die Bezeichnung „Post-Keynesianismus“ mit (falsch lt. Davidson) oder ohne (einzig richtig lt. Davidson) Bindestrich geschrieben zu haben werde. In einer ausführlichen Besprechung des Buches von John E. King (2003) in „seinem“ *Journal of Post Keynesian Economics* schließlich sprach Davidson (2003, S. 263ff) der Kaleckianischen und der Sraffa'schen Schule explizit die Zugehörigkeit zum Post-Keynesianismus ab, weil sie angeblich den klassischen Axiomen der Ergodizität und der Neutralität des Geldes nicht hinreichend abgeschworen hätten. Abgesehen davon, dass man angesichts neuerer Beiträge (vgl. Hein, Stockhammer [2011]) zumindest für den kaleckianischen Zweig der Literatur ernsthafte Zweifel an der Berechtigung von Davidsons Behauptung anmelden muss, ist eine solche Ausgrenzungsstrategie

und die implizierte Selbstintronisierung als Gralshüter des einzig wahren Post(-)Keynesianismus in einer offenen und freien Wissenschaft nicht akzeptabel.

Fazit: Paul Davidson hat ein brillantes und unbedingt lesenswertes makroökonomisches Lehrbuch geschrieben, das sowohl theoretisch als auch wirtschaftspolitisch von höchster Relevanz ist. Wer sich aber umfassender über den Post-Keynesianismus in seiner ganzen Breite informieren möchte, sollte unbedingt auch einige der anderen hervorragenden (Lehr-)Bücher, etwa von Lavoie (1992 und 2006), King (2003), Harcourt (2009) sowie Hein/Stockhammer (2011), heranziehen. Wenn die keynesianische (Makro-)Ökonomie eines sicher nicht braucht, dann eine dogmatische Verengung.

Achim Truger

Literatur

- Davidson, P., *International Money and the Real World* (London 1982).
- Davidson, P., *Setting the record straight on a history of Post Keynesian Economics*, in: *Journal of Post Keynesian Economics* 26/2 (2003) 245-272.
- Davidson, P., *John Maynard Keynes. Great Thinkers in Economics Series* (New York 2007).
- Davidson, P., *The Keynes Solution: The Path to Global Economic Prosperity* (New York 2009).
- Hein, E.; Stockhammer, E. (Hrsg.), *A Modern Guide to Keynesian Macroeconomics and Economic Policies* (Cheltenham 2011).
- Harcourt, G. C., *The Structure of Post-Keynesian Economics: The Core Contributions of the Pioneers* (Cambridge 2009).
- King, J. E., *A History of Post Keynesian Economics Since 1936* (Cheltenham 2003).
- Lavoie, M., *Foundations of Post-Keynesian Economic Analysis* (Cheltenham 1992).
- Lavoie, M., *Introduction to Post-Keynesian Economics* (Basingstoke 2006).

Keynes für Gleichgewichtsfreaks

Rezension von: Roger E.A. Farmer,
How the Economy Works – Confidence,
Crashes and Self-fulfilling Prophecies,
Oxford University Press, London 2010,
193 Seiten, gebunden, £ 14,99.

ISBN 978-0-195-39791-8.

Ders., Expectations, Employment and
Prices, Oxford University Press, London
2010, 189 Seiten, gebunden, £ 32,50.

ISBN 978-0-195-39790-1.

Eines der zahlreichen Aperçus von Mark Twain eignet sich hervorragend als Einstieg (und Abschluss) für die Besprechung der beiden, kürzlich erschienenen Bücher von Roger E. A. Farmer: „*History doesn't repeat itself, but it does rhyme.*“

Beide Monographien – „How the Economy Works – Confidence, Crashes and Self-fulfilling Prophecies“ (HEW) und „Expectations, Employment and Prices“ (EEP), erschienen 2010 bei Oxford University Press¹ – nehmen zwar, wie die mittlerweile unübersehbar gewordenen (und zumeist unselig platten) „Krisen-Publis“, direkten Bezug auf die aktuellen, äußerst unerfreulichen Geschehnisse auf den Finanzmärkten, sie nehmen aber auch, erfreulicherweise, einen weiten Blick zurück in die Wirtschafts(theorie)geschichte (bis zur Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre und darüber hinaus) und – noch erfreulicher – einen weiten Blick nach vorn in die hoffentlich fröhlichere (Theorie)Zukunft.

„Damals“ wie „jetzt“ werten marktkritische Ökonomen z. B. den Zusammenbruch von Finanzmärkten als Bestätigung ihrer Vorbehalte gegenüber

einer uneingeschränkten Marktgläubigkeit. Sie propagieren daher hartnäckig als Lösung „mehr Staat und weniger Markt“. Wirtschaftsliberal geprägte (neoklassische) Ökonomen bewerten Finanzmarktkrisen hingegen zumeist als Bestätigung ihrer Skepsis gegenüber direkten wirtschaftspolitischen Eingriffen in komplexe Marktabläufe. Sie sehen z. B. nicht in der vermeintlichen Deregulierung der Finanzmärkte die zentrale Ursache für die gegenwärtige Krise, sondern in der strukturellen Unfähigkeit der wirtschaftspolitisch Verantwortlichen, den – auch aus „marktwirtschaftlicher Sicht“ sehr mangelhaft funktionierenden – Finanzmarktsektor effizient bzw. marktwirtschaftskonform zu regulieren. Die gesamtwirtschaftlich äußerst fragwürdige staatliche Regulierung des Bankensektors verursachte daher ihrer Meinung nach die jüngste Finanzmarktkrise und nicht „Markteffizienz *per se*“. Folgerichtig erwarten sie von „mehr Markt bzw. effizienterem Marktdesign, und weniger Staat bzw. weniger Big (Bank) Business“ bessere gesamtwirtschaftliche Lösungen als von der umgekehrten Botschaft.

Diese unterschiedlichen, scheinbar unvereinbaren Sichtweisen ein und derselben Ereignisse prägen und lähmen den wissenschaftlichen und politischen Diskurs seit den 30er-Jahren des vorigen Jahrhunderts, als die erste weltumfassende Wirtschaftskrise die (klassischen) Grundlagen von Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik erschütterte. Die meisten „Krisen-Publizisten“ nützen seither das Spannungsfeld zwischen diesen beiden Polen als scheinbar unerschöpfliche Energiequelle für ihre „eristisch-dialektischen Botschaften“ und Verdammungsformeln. Nur ganz wenige

Autoren unterziehen sich den Mühen, die bestehenden Widersprüche in Theorie und Politik mit den Mitteln des exploratorischen Diskurses aufzulösen oder zumindest zu verringern.

Farmer ist einer der wenigen theoretischen Ökonomen, die ihre Forschungstätigkeit nahezu ausschließlich in den Dienst der exploratorischen Überwindung dieses Schismas gestellt haben. Seine aktuellen Buchpublikationen stellen dies wiederum eindringlich unter Beweis.

Sein Mantra ist banal-szientistisch: Die „lähmende und ziemlich anödenende Glaubensspaltung“ in Theorie und Politik kann nur durch einen Grundkonsens über das Design eines, nämlich DES ökonomischen Standardmodells überwunden werden.

Er stellt sich damit der gleichen, großen Herausforderung wie J. M. Keynes vor knapp 80 Jahren, als dieser – geschockt von den Folgen der Weltwirtschaftskrise – das Dogma der klassischen Ökonomie: „Marktwirtschaften sind im Allgemeinen gesamtwirtschaftlich effizient und bedürfen daher keiner systematischen (d. h. über die Ordnungspolitik hinausgehenden) wirtschaftspolitischen Korrekturen“, nicht nur hinterfragte, sondern als unerheblichen Spezialfall (s)einer „General Theory“ (GT) in die Schmutzdecke der Theoriegeschichte verbannen wollte. Wie sich später herausstellte, hat Keynes' GT zwar das (neo)klassische Theoriegebäude ins Wanken, aber (Stichwort: neoklassische Synthese) nicht endgültig zu Fall bringen können.

Farmer versucht nichts Geringeres als das *Opus Magnum* von J. M. Keynes („The General Theory of Employment, Interest and Money“, GT) zu vollenden und das marktwirtschaftliche Effizienzpostulat endgültig und unwider-

ruflich zu destruieren. Er tut dies ähnlich wie Keynes (GT) mit den Mitteln der allgemeinen Gleichgewichtstheorie und nicht wie in den 1970er-Jahren nahezu eine halbe Ökonomen-Generation (stellvertretend dafür sei E. Malinvaud erwähnt) mit den Mitteln der „Ungleichgewichtstheorie“, die letztlich u. a. verhöhnt von „R. E. Lucas und seinen neoliberalen bzw. neu-keynesianischen Freunden“ als „*empty, free parameter-ridden, and untestable*“ vom Zentrum, wenn nicht zur Gänze, von der akademischen Bildfläche verschwunden ist (nicht ganz zu Unrecht, wie ich meine). Farmer wendet sich aber auch folgerichtig gegen die „gleichgewichtszugewandten Neu-Keynesianer“ – und damit gegen den herrschenden *Mainstream* in Theorie und Politik – und deren Missdeutung der Keynes'schen Ökonomie (GT) als „Neoklassik mit Sand im Getriebe“ (Stichwort: *sticky prices*). Farmer weist zu Recht darauf hin, dass „*sticky prices*“ in der Keynes'schen Ökonomie (GT) von eher peripherer Bedeutung sind und weiß sich damit in sehr guter Gesellschaft (z. B. in jener von A. Leijonhufvud, seinem Professoren-Kollegen an der University of California, Los Angeles; UCLA).

Farmer nimmt in EEP für sich (zu Recht, wie ich meine) in Anspruch, Keynes' „General Theory“ zu „vollenden“, in dem er mit den Mitteln der modernen, dynamischen Gleichgewichtstheorie zeigt, dass unregulierte Marktwirtschaften mit arbiträr hohen, beständigen Arbeitslosenquoten tatsächlich, wie von Keynes behauptet, der Regelzustand einer Marktwirtschaft im Gleichgewicht ist und die (neo-)klassische Proposition einer Marktwirtschaft mit (einer) sogenannten natürlichen Arbeitslosenquote der Ausnahmezu-

stand ist. Die Farmer'sche „Vollendung“ von Keynes' GT liegt in der (schlüssigen) Mikrofundierung der Keynes'schen Behauptung, dass auf dem Markt für Arbeit jene Marktkräfte versagen, die üblicherweise auf kompetitiven Märkten für markträumende Gleichgewichtspreise sorgen. Für Keynes und seinen (fachlichen) Zeitgenossen stand außer Zweifel (obgleich der stringente Beweis dafür bekanntlich erst in den 1950er-Jahren geführt wurde), dass eine idealisierte kapitalistische Marktwirtschaft, die ausnahmslos aus Märkten mit vollkommener Konkurrenz und „sich wohlverhaltenden“ Anbietern und Nachfragern besteht,² zumindest ein alle Märkte umfassendes markträumendes Gleichgewicht besitzt, das gesamtwirtschaftlich effizient ist (Erstes Wohlfahrtstheorem der allgemeinen Gleichgewichtstheorie). Keynes' Innovation war, darauf zu verweisen, dass zumindest ein Markt, nämlich der Markt für Arbeit, *per se* sich nicht wie ein kompetitiver Markt verhält und daher in kapitalistischen, unregulierten Marktwirtschaften gesamtwirtschaftlich ineffiziente Gleichgewichte mit unerwünscht hohen Gleichgewichts-Arbeitslosenquoten der Regelfall und nicht die Ausnahme sind.³ Keynes blieb jedoch der finale (theoretische) Triumph über die klassische Ökonomie letztendlich versagt, so Farmer, weil er keine schlüssige mikroökonomische Begründung für die Existenz von nicht-kompetitiven Arbeitsmärkten anbieten konnte. Geldillusion und „Abneigung“ der Arbeiter gegenüber Nominal(real)lohnkürzungen bei sinkender Nachfrage nach Arbeit waren und sind für (neo)klassisch geschulte Ökonomen einfach „läppi-sche Begründungen“, die nicht nur ihren Vorstellungen von rationalen Wirt-

schaftssubjekten Hohn sprechen. Weil aber alle post-keynesianischen Deutungsversuche der GT bisher am „Pipifax der *sticky prices*“ festhalten, musste sie einfach als theoretische Grundlage für ein einheitliches Standardmodell scheitern (leicht von mir nachgeschärfter O-Ton Farmer).

Der von Farmer gewählte Deutungs- und Ergänzungsversuch der GT ist hingegen fundamental-marktwirtschaftlich und benützt dafür (sehr elegant) eines der zentralen Theoreme der allgemeinen Gleichgewichtstheorie, genauer das „Zweite Wohlfahrtstheorem der allgemeinen Gleichgewichtstheorie“. Dieses Theorem besagt bekanntlich, dass jede gesamtwirtschaftlich effiziente (d. h. Pareto-effiziente) Allokation in ein kompetitives, allgemeines Marktgleichgewicht auflösbar ist (d. h. das Zweite Wohlfahrtstheorem entspricht de facto dem Ersten Wohlfahrtstheorem im Rückwärtsgang). Allgemeine Marktgleichgewichtsmodelle mit Arbeitsmärkten, die den kostenverursachenden Prozess der Suche von Arbeitnehmern nach einem geeigneten Arbeitsplatz und der Suche von Arbeitgebern nach geeigneten Arbeitern abbilden (*job search models*), erfüllen unter bestimmten Standardannahmen (konkret: die „*match technology*“ muss bestimmte neoklassische Eigenschaften aufweisen) alle wesentlichen Voraussetzungen für die Gültigkeit des Ersten und Zweiten Wohlfahrtstheorems.

Die Innovation von Farmer ist nun, auf einen wichtigen Umstand aufmerksam zu machen, der bisher (noch) nicht problematisiert wurde und sich als folgenschwer für die Effizienzimplikationen der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie erweist. Der Umstand, auf den Farmer hinweist, bezieht sich

auf die „äußerst skurrilen bzw. unplausiblen Marktstrukturen“ eines nach dem Zweiten Wohlfahrtstheorem „dezentralisierten“ kompetitiven Arbeits(such)marktes. Farmer argumentiert, dass die „*natural decentralization of a Pareto optimal labor allocation*“ einem kompetitiven Arbeitssuchmarkt entsprechen würde, der von vielen kompetitiven, privatwirtschaftlichen Arbeitsvermittlungsagenturen mit jeweils eigener „*match technology*“ (spezielles Know-how zur optimalen Besetzung einer offenen Stelle) bevölkert ist. Diese privaten Agenturen würden von Arbeitssuchenden das exklusive Recht, sie vermitteln zu dürfen, und von den Firmen das exklusive Recht, ihre offenen Stellen besetzen zu dürfen, kaufen. Mit diesen „*search inputs*“ ausgestattet, würden sie dann (mit Hilfe ihres speziellen Know-hows bzw. ihrer „*match technology*“) die optimale offene Stellenbesetzung ermitteln und dieses „Verbundprodukt“ zurück an die neu entstandene Arbeiter-Firma-Paarung verkaufen. Farmer begründet die Nicht-Existenz von derart organisierten Arbeits(such)märkten wie folgt (EEP, S. 16):

„A moment's reflection suggests that these markets do not exist because of the moral hazard associated with monitoring the motives of the participants. Efficient operation of these markets requires exclusivity of contracts. If such markets existed, it would be difficult or impossible to prevent an unemployed worker from selling the exclusive right to be matched to multiple agencies and to turn down job offers when presented on spurious but hard-to-monitor grounds. Since there are legitimate reasons to refuse a job, the requirement that all potential matches must be accepted is not a feasible solution to

the problem. Casual observation of state-run employment agencies suggests that this problem is present in practice and is a significant impediment to the efficient operation of a matching market.“

Es ist somit nicht die „*stickiness*“ von Preisen und Löhnen, die in unregulierten Marktwirtschaften zu gesamtwirtschaftlich sub-optimalen Ergebnissen führt, sondern der mikroökonomisch fundierte, systeminhärente Mangel an kompetitiven, Walrasianischen (Arbeits)Märkten. Farmer präsentiert im Kapitel 2 von EEP die Basisversion eines Modells mit nachfragedeterminierten (originär- bzw. alt-keynesianischen) allgemeinen Gleichgewichten und einem Kontinuum von *Steady-state*-Arbeitslosenquoten, von dem erwartet werden darf, dass es tatsächlich von den kommenden Ökonomen generationen – gleichgewichtstheoretisch bestens geschult und auf beständiger Suche nach mehr theoretischer Kohärenz ihrer Wissenschaft – zum längst notwendigen, ökonomischen Gleichgewichts-Standardmodell weiterentwickelt wird. Für die gegenwärtige Ökonomen generation, gleich welcher Konditionierung (neoliberal oder marktkritisch), eignet sich die Lektüre beider Bücher hingegen bestens (und ganz im Sinne von Mark Twains Aphorismus) zum kritischen Hinterfragen und Beurteilen des eigenen Denkens, der eigenen (theoretischen) Standpunkte und der eigenen (wirtschaftspolitischen) Handlungen bzw. Empfehlungen (Definition von Selbstreflexion nach Brockhaus).

Franz R. Hahn

Anmerkungen

- ¹ HEW wendet sich an interessierte Laien, EEP an gleichgewichtstheoretisch geschulte Fachökonomien.
- ² Anbieter erhöhen (senken) das Angebot bei steigenden (sinkenden) Preisen, Nachfrager erhöhen (senken) die Nachfrage bei sinkenden (steigenden) Preisen.
- ³ Keynes und die Klassiker hatten ein klares, wenn auch nur intuitiv gestütztes Verständnis von der Wirkungsweise der

Smith'schen „*invisible hand*“. Sie erkannten, dass unregulierte Marktwirtschaften nur dann das sowohl individuell als auch gesamtwirtschaftlich beste aller erreichbaren Ergebnisse erzielen, wenn alle Märkte den Gesetzen der vollkommenen Konkurrenz unterliegen. Folgt nur ein Markt anderen Gesetzen, dann versagt die „*invisible hand*“ und erzeugt möglicherweise individuell wünschenswerte, aber jedenfalls gesamtwirtschaftlich in der Regel suboptimale bzw. inferiore Gleichgewichte.

Die Vielfalt der Wirtschafts- wissenschaften

Rezension von: Johannes Jäger, Elisabeth Springler, Ökonomie der Internationalen Entwicklung. Eine kritische Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Mandelbaum Verlag, Wien 2012, 380 Seiten, broschiert, € 19,80. ISBN 978-3-854-76386-4.

Wie Ökonomie verstanden und erklärt wird, hat weitreichende Implikationen. Dies zeigt sich deutlich an den unterschiedlichen Erklärungen der aktuellen Wirtschaftskrise und den daraus gezogenen Schlussfolgerungen und Empfehlungen an die Wirtschaftspolitik. Wird die Lösung in „mehr Markt, weniger Staat“ gesehen oder ein massives Eingreifen des Staates gefordert, wird der Kapitalismus als dysfunktionales System gesehen oder als System, dass besser reguliert werden muss? Diese und weitere Fragen und vor allem die realpolitischen Umsetzungen der darauf gefundenen Antworten haben Auswirkungen auf die Lebenssituationen von Millionen Menschen.

Trotz ihrer anfänglichen Diskreditierung haben es marktliberale, neoklassische Erklärungsmuster und Handlungsempfehlungen geschafft, ihre Rolle als *Mainstream* in den Wirtschaftswissenschaften zu behaupten. Auch nach fünf Jahren ökonomischer Zerwürfnisse scheint Margret Thatchers Ausspruch „*There is no alternative*“ für viele korrekt zu sein. Ein einseitiger, eingeschränkter Blickwinkel birgt jedoch die Gefahr, dass – wie dies etwa im Vorfeld der Finanzkrise der Fall war – Problemstellungen schlicht

übersehen oder nicht als solche erkannt werden.

Vor diesem Hintergrund stellt das vorliegende Buch eine willkommene Abkehr von der etablierten Darstellung ökonomischer Grundlagen dar. Die AutorInnen Johannes Jäger, Fachhochschulprofessor für Volkswirtschaftslehre, und Elisabeth Springler, Fachbereichsleiterin für Volkswirtschaftslehre, beide an der FH des bfi wien, stellen dafür in umfangreicher Form drei zentrale Paradigmen der Wirtschaftswissenschaften gegenüber. Neben der Neoklassik wird auf die Grundlagen des Keynesianismus und der Politischen Ökonomie eingegangen.

Das Ziel ihrer kritischen Einführung in die Ökonomie ist es, „auf knappem Raum unterschiedliche Sichtweisen auf wirtschaftliche Zusammenhänge darzulegen und damit die Basis für ein differenziertes Verständnis von Ökonomie und wirtschaftspolitischen Debatten zu liefern“ (S. 7). Die drei Paradigmen sollen dabei möglichst nachvollziehbar und einfach dargestellt werden, um für ein breites Publikum zugänglich zu sein.

Den AutorInnen gelingt dies dank des klaren Aufbaus des Buches ausgezeichnet. Anders als viele ökonomische Lehrbücher, die gleich damit beginnen, Schritt für Schritt ihre Modelle zu erklären, beginnt das vorliegende mit einer Verortung der Paradigmen, ehe zentrale ökonomische Themenfelder beleuchtet werden. „Die einzelnen Paradigmen werden (dabei) parallel dargestellt, sodass die grundsätzlichen Perspektiven und Herangehensweisen zu einzelnen Themenbereichen direkt vergleichbar werden“ (S. 9)

Im ersten Kapitel werden die jeweiligen Zugänge zum ökonomischen Denken dargestellt. Welche polit- und wirt-

schaftshistorischen Faktoren für Entstehung und Bedeutung der Denkströmungen wichtig waren, wird ebenso prägnant dargelegt wie die wissenschaftstheoretischen Grundlagen und die zentralen Methoden der Paradigmen. Fragen danach, welche Personen hinter einem Theoriegebäude stehen, welches Weltbild dafür zentral ist, welche Interessen damit bedient werden und wer davon profitiert, dürfen in einer kritischen Paradigmenanalyse nicht fehlen.

Ausgehend von der Verortung werden die Grundkonzepte der drei Theoriegebäude beleuchtet. Hintereinander werden die grundsätzliche Herangehensweise, die zentralen Konzepte, das Erkenntnisinteresse und die wirtschaftspolitischen Implikationen daraus für die drei Paradigmen dargestellt. Bei der Neoklassik wird dabei u. a. auf die Annahme der Knappheit der natürlichen Ressourcen, auf den methodologischen Individualismus und auf die Effizienz der Märkte eingegangen. Im Unterkapitel zum Keynesianismus werden u. a. die Konzepte der effektiven Nachfrage, der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit, der Bedeutung der Institutionen und der fundamentalen Unsicherheit beleuchtet. Im Unterkapitel zur Politischen Ökonomie wird der Fokus auf die marxistische Darstellung von sich im historischen Verlauf verändernden Produktionsweisen gelegt, und zentrale Konzepte wie etwa Klassen, Mehrwert und Akkumulationsimperativ werden erläutert.

Der zweite, wesentlich umfangreichere Teil des Buches befasst sich in fünf Kapiteln mit zentralen ökonomischen Themenfeldern. Beleuchtet werden dabei jeweils die grundsätzliche Herangehensweise, die zentralen Konzepte und die wirtschaftspolitischen

Implikationen der drei Paradigmen. Das erste Kapitel dieses Teiles behandelt die Themen Staat, Gesellschaft und Wirtschaft, wobei vor allem das Zusammenwirken von Markt und Staat beleuchtet wird. Als nächstes werden Fragestellungen zu Wachstum, Entwicklung und Krise dargestellt, gefolgt von einem Kapitel zu Ungleichheit und Verteilung. Die letzten beiden Abschnitte befassen sich mit Geld und dem Finanzsystem und mit der Geographie der globalen Ökonomie.

Zur Veranschaulichung und zur Konfrontation mit realpolitischen Gegebenheiten werden in elf Vertiefungen unterschiedliche Themen aus Sicht der drei Paradigmen von GastautorInnen erläutert. Die Kurzdarstellungen spannen dabei einen weiten Bogen von Arbeits-, Wohlstands- und Verteilungsfragen über Klimawandel und Ressourcenpolitik bis hin zur feministischen Ökonomie. Auch die Finanzkrise und Entwicklungen in der Weltwirtschaft werden behandelt.

Insgesamt gibt das Buch einen sehr guten Einblick in die Grundlagen der drei großen Denkströmungen. Dank des direkten Vergleichs, bei dem viel Wert darauf gelegt wurde, keine Stellung zu beziehen, zeigt sich deutlich, wie unterschiedliche die Erklärungsmuster sind. Es wird auch ersichtlich, dass jedes Paradigma für unterschiedliche Fragestellungen ausgefeilte Antworten liefert, andere hingegen kaum behandelt. Durch die vielfältigen Betrachtungen werden die LeserInnen dazu angeregt, sich eine eigene Meinung zu bilden.

Die große Dichte und der weite Bogen des etwa 350 Seiten dicken Buches hat jedoch auch zur Folge, dass an manchen Stellen die Ausführungen etwas knapp ausfallen, worunter die

Verständlichkeit leidet. Auch die Aspekte der internationalen Entwicklung werden durch den Fokus auf die Grundlagen der drei wirtschaftswissenschaftlichen Paradigmen etwas in den Hintergrund gedrängt. Dabei darf jedoch nicht darauf vergessen werden, dass diese Fragen vor allem in der Neoklassik kaum besprochen werden, da hier für alle Staaten die gleichen Grundannahmen gelten. Dank der umfangreichen Literaturangaben zu den jeweiligen Themenbereichen ist das Buch jedoch ein guter Ausgangspunkt, um unterschiedliche Aspekte der Wirtschaftswissenschaften kennenzulernen.

Der hier besprochene Band stellt eine sehr empfehlenswerte Alternative zur gängigen volkswirtschaftlichen Einführungsliteratur dar. Dank der über weite Strecken einfachen Sprache ist es für eine breite LeserInnenschaft interessant. Der weite Zugang ist eine wichtige und willkommene Abwechslung zur *Mainstream*-Monokultur vieler Universitäten und Zeitschriften. Allen LeserInnen, die sich einen Einblick in die Vielfältigkeit der Wirtschaftswissenschaften verschaffen und sich eine eigene Meinung dazu bilden möchten, kann dieses Buch sehr empfohlen werden.

Manuel Melzer

Adam Smith entideologisiert

Rezension von: Heinz D. Kurz,
Richard Sturn, Die größten Ökonomen:
Adam Smith, UTB UVK Lucius,
Konstanz und München 2013, 200 Seiten,
€ 12,99. ISBN 978-3-825-23793-6.

Heinz D. Kurz, Richard Sturn,
Adam Smith für jedermann, Frankfurter
Allgemeine Buch, Frankfurt 2013,
245 Seiten, € 17,90.
ISBN 978-3-899-81246-6.

Seit etwa zwei Jahrzehnten nimmt in den Wirtschaftswissenschaften das Interesse an einer Systematisierung und Zusammenfassung des ökonomischen Wissens ständig zu. Es scheint, dass diese Tendenz einem wachsenden Bedürfnis entspricht, aus der in allen Teilgebieten unüberschaubar gewordenen Literatur dasjenige herauszuheben, was in größeren Zusammenhängen Erkenntniswert für das Verstehen dessen, was wir „Wirtschaft“ nennen, besitzt. Gleichzeitig kann sie auch als Ausdruck eines zunehmenden Unbehagens an der laufenden Produktion des akademischen *mainstream* gedeutet werden. Beispiele für diese Bemühungen sind die in großer Zahl erscheinenden, auf bestimmte Themen oder Autoren bezogenen Handbücher und *companions*, sowie die neuen Reihenwerke mit Monografien über wichtige Autoren der ökonomischen Wissenschaft. Es ist sehr verdienstvoll und erfreulich, wenn nun auch im UTB-Verlag eine deutschsprachige Reihe „Die größten Ökonomen“ erscheint, von der derzeit (Mitte 2013) bereits vier Bände vorliegen, als erster eine Monografie über Adam Smith, verfasst von Heinz Kurz und Richard Sturn.

Wenn Smiths Stellung als Begründer der ökonomischen Wissenschaft kaum strittig ist, so waren die Würdigungen seines Werkes, die insbesondere aus Anlass der Jahrhundertfeiern der Publikation seines Hauptwerks „Wealth of Nations“ (WN) erschienen sind, durchaus kontroversiell. Aus dem Jahr 1976 auf 1876 zurück blickend, bemerkte T. W. Hutchison, dass damals nur wenig Übereinstimmung über die Bedeutung Adam Smiths herrschte: „*To a large extent the centenary celebration in London consisted of conflicting claims and opposing interpretations regarding the methods and significance of The Wealth of Nations.*“¹ Auch 1976 war die Situation kaum weniger konfliktgeladen, als die sich formierende neoliberale Richtung Smith für sich vereinnahmte, um ihr wirtschaftspolitisches Programm der Zurückdrängung des Keynesianismus und der Rolle des Staates wissenschaftlich zu legitimieren. Eines der zentralen Anliegen des neuen Buches von Kurz und Sturn besteht darin, der Vereinnahmung Adam Smiths und der Simplifizierung seiner Lehren im Sinne der neoliberalen Ideologie diesen in der ganzen Differenziertheit seines theoretischen Denkens und seiner Ansichten zu wirtschaftspolitischen Fragen gegenüberzustellen.

Im ersten Teil geben Kurz und Sturn einen Überblick über Smiths Gesamtwerk, das konzipiert ist „als Gesamtsystem der Wissenschaften von Mensch, Gesellschaft und Wirtschaft“ (S. 34). Dem ökonomischen Hauptwerk Smiths ging die „Theory of Moral Sentiments“ (TMS, erstmals erschienen 1759) voran, eine Theorie der Ethik auf empirischer Grundlage, in der Smith „Sympathie“ (nicht gleichbedeutend mit „Altruismus“) als grundlegendes Motiv für moralische Werturteile

postuliert. Das Verhältnis der Smith'schen Ethik zum „Wealth of Nations“ ist nicht einfach zu bestimmen, von manchen Autoren wurde ein Bruch zwischen den beiden Hauptwerken Smiths konstatiert.² Zwar ist die Morallehre der TMS nicht als notwendige Fundierung des WN anzusehen, steht aber auch nicht im Widerspruch dazu (S. 37). Die Verfolgung seines Eigeninteresses durch das Individuum ist zweifellos ein zentrales Motiv menschlichen Handelns im WN, jedoch benützt Smith „sowohl im WN als auch in der TMS ein reiches Repertoire an Hypothesen über Motive, psychologische Bewertungsmechanismen, kognitive Beschränkungen und Verzerrungen“ (S. 61).

Ein Problem, das den Gesellschaftstheoretiker und Ethiker Smith in vielfachem Kontext beschäftigte, war jenes der nichtintendierten Konsequenzen menschlichen Handelns. Unter moralischen Gesichtspunkten war seine Theorie der unsichtbaren Hand im Kontext seiner neuen Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung eine positive Alternative zu der von Smith abgelehnten These Mandevilles, wonach Gier, Hinterlist und Verschwendung gesamtwirtschaftlich vorteilhaft seien. Aber deswegen „gilt keineswegs immer ..., dass die Verfolgung des Eigeninteresses das Gemeinwohl befördert“ (S. 43).

Die fundamentale Einsicht, dass immer mit nichtintendierten Folgen des individuellen oder kollektiven Handelns gerechnet werden muss, liegt auch dem pragmatischen Politikverständnis Smiths zugrunde. Grundsätzlich plädierte Smith für ein Wirtschaftssystem der „natürlichen Freiheit“ des Marktes und des Wettbewerbs als Alternative zum herrschenden Merkantilismus, den er „Kommerzsystem“ nannte.

„Dass Smith zum zentralen Protagonisten des ökonomischen Liberalismus wurde, hängt damit zusammen, dass er schonungslose Kritik des herrschenden Merkantilismus und der herrschenden Klassen mit zeitgemäßen konstruktiven Perspektiven zu verbinden weiß“ (S. 36). In seinen Positionen zu einzelnen konkreten Problemen der damaligen Wirtschaftspolitik sehen Kurz und Sturn Smith als „gemäßigten Reformisten“, und nicht als Befürworter radikaler *Big Bang*-Reformen (S. 43). Deshalb hielt Smith temporäre Abweichungen vom Freihandelsprinzip oder von der Gewerbefreiheit dann für zulässig, wenn dadurch negative Auswirkungen von Anpassungsprozessen gemildert werden könnten.

Der Hauptteil der Monografie ist der Darstellung von Smiths theoretischem Lehrgebäude gewidmet. Ausführlich wird auf die Werttheorie eingegangen. Die Autoren zeigen, dass Smiths Arbeitswerttheorie als Antizipation der späteren Ricardo'schen Surplustheorie der Reduktion der Preise auf datierte Arbeitsmengen interpretiert werden kann. Smith greift allerdings an anderen Stellen wieder auf eine „naive“ Arbeitswerterklärung zurück, was nicht zuletzt auch darin seinen Grund hat, dass er seine Theorie im Kontext der empirischen Realität expliziert und nicht wie Ricardo und dessen Nachfolger von dieser modellhaft von der Realität abstrahiert. Aufgezeigt werden auch andere Schwachstellen von Smiths Theoriegebäude, etwa am Beispiel seiner Geldtheorie, der Grundrententheorie oder der Theorie des tendenziellen Falls der Profitrate.

Besondere Bewunderung – trotz ihrer Beschränkungen – wird der Wachstums- und Entwicklungstheorie Smiths zuteil, die leider durch die später zu-

nehmende Fixierung der ökonomischen Wissenschaft auf Gleichgewichtszustände nicht die ihr zukommende Wirksamkeit erlangt hat. Die Beseitigung von Monopolen und die Lenkung der Ressourcen in ihre produktivsten Verwendungen durch die Konkurrenz führen im Smith'schen System zu einer investiven Verwendung der Überschüsse, wodurch es langfristig zu einer Zunahme der Gesamtproduktion insgesamt und pro Kopf kommt, was wiederum eine kontinuierliche Steigerung des Lebensstandards ermöglicht. Entscheidend ist, dass die Überschüsse der unproduktiven Verwendung durch die Bezieher von Grundrenten und Staatspründen entzogen und der Verbesserung des Bodens und der Ausweitung der gewerblichen Produktionskapazitäten zugeführt werden. Smith erwartete als Folge einer steigenden Nachfrage nach produktiv eingesetzten Arbeitern auch einen Anstieg der Reallöhne, dem er eine positive Anreizwirkung auf das Wachstum zuschrieb. Deswegen kritisiert er scharf die Praxis der Arbeitgeber, Absprachen gegen Lohnforderungen zu treffen, und die Benachteiligung der Arbeiter durch gesetzliche Organisationsverbote. Konsequenterweise weist Smith der Ordnungspolitik eine aktive Aufgabe bei der Beseitigung von Macht- und Informationsasymmetrien zu.

Ex post betrachtet erscheint der Optimismus Smiths bezüglich der Diffusion des Wohlstandes in die Arbeiterklasse verfrüht, da die Industrielle Revolution zum Zeitpunkt des Erscheinens von WN noch kaum begonnen hatte und die arbeitssparenden Wirkungen der „großen Maschinerie“, die Ricardo einige Jahrzehnte später intensiv beschäftigen sollte, für ihn noch nicht erkenn-

bar waren. Zu optimistisch ist auch seine Annahme eines unproblematischen Gleichgewichts zwischen Sparen und Investieren. Kaum nachvollziehbar – selbst aus damaliger Sicht – ist Smiths starke Präferenz für die Bodenverbesserung als Ziel der Investitionen, bei gleichzeitiger Unterschätzung des Wachstumspotenzials des Gewerbes, obwohl Smith auf die produktivitätssteigernde Wirkung der zunehmenden Arbeitsteilung mit Nachdruck hingewiesen hat.³

Diese und andere Fehleinschätzungen wiegen allerdings wenig gegenüber dem grundlegenden Erkenntnisfortschritt des Smith'schen Theoriegebäudes, dessen Ansatz „allgemein genug [ist], um das neu heraufkommende Zeitalter von Kohle und Eisen analytisch zu durchdringen ... Es bestätigt sich aufs Neue: Die Beiträge großer Ökonomen enthalten mehr an Einsichten und Anwendungsmöglichkeiten, als diesen selbst bewusst ist“ (S. 114).

Gegen falsche Vereinnahmungen Smiths weisen Kurz und Sturz darauf hin, dass Smith ein „Evolutionsökonom“ ist. Seine „hauptsächliche analytische Kategorie ist der Prozess, nicht das Gleichgewicht“ (S. 172). Schon aus diesem Grund ist es unzulässig, Smiths Begriffe von Wettbewerb und Markt mit der späteren neoklassischen Konzeption des „vollkommenen Wettbewerbs“ gleichzusetzen (S. 102).

Die neue Monografie behandelt weiters die Verteilungstheorie Smiths, seine Aussagen zu Staatstätigkeit und Besteuerung, seine Version der Universalgeschichte seit dem Ende des Römischen Reiches, und – in sehr komprimierter Form – seine Wirkungs- und Rezeptionsgeschichte. Den Abschluss bildet der gelungene Versuch einer spekulativen Rekonstruktion,

was „Smith zu Eurokrise, Eurobonds und zur Reform europäischer Institutionen“ gesagt haben könnte. In Analogie zu seiner Empfehlung, den amerikanischen Kolonien die Unabhängigkeit zu gewähren, hätte Smith die Europäische Währungsunion 2013 an einer Weggabelung gesehen: entweder Ausbau zur politischen Union, in der über öffentliche Güter und Regulierungen gemeinsam entschieden wird, oder Rückbau zur Freihandelszone. Eurobonds würde Smith dann kaufen, wenn ein glaubwürdiger Ausbau der europäischen Institutionen stattfindet.

Nur wenige Monate nach dem Smith-Band in der Reihe der größten Ökonomen haben die Autoren eine andere Version unter dem Titel „Adam Smith für jedermann“ herausgebracht. Wie der Titel der von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung herausgegebenen Reihe zum Ausdruck bringt, soll hier ein breiterer Leserkreis angesprochen werden. Dazu wird besonders auf gute Lesbarkeit, leichtere Verständlichkeit und Anschaulichkeit Wert gelegt. Wieder ist es das hauptsächliche Anliegen von Kurz und Sturn, ein umfassendes und ausgewogenes Bild der Lehren von Smith zu zeichnen, wobei den ökonomischen Lehren vergleichsweise etwas mehr Platz eingeräumt wird. Die wirtschaftspolitischen Aspekte werden gegenüber den rein theoretischen Elementen der Smith'schen Lehren stärker in den Blick genommen, ohne dass jedoch letztere dabei zu kurz kommen. Bei der Darstellung der Werttheorie wird auf analytisch schwierige Inhalte nicht verzichtet. Anstelle der mathematischen Gleichungen wie im oben besprochenen Band werden einfach Zahlenbeispiele verwendet.

„Adam Smith für jedermann“ schließt mit einem Abschnitt über seine Wir-

kung auf das wirtschaftspolitische Denken. Wenn weite Strecken des 19. und 20. Jahrhunderts von schroffen ideologischen und politischen Gegensätzen geprägt waren, so wurde unter diesen Bedingungen durch Adam Smith „weithin auf einen Bannerträger der kapitalistischen Marktwirtschaft reduziert ... Dass Smiths Liberalismus der Schottischen Aufklärung weit mehr ist als das, geriet dabei zeitweise in Vergessenheit.“ Heute geht es allerdings darum, „wie sich Kapitalismus und Marktwirtschaft im Rahmen der *varieties of capitalism* bzw. der verschiedenen Varianten gemischter Wirtschaft zum Vorteil aller weiterentwickeln können“. Dabei „können wir viele Elemente der Smith'schen Lehre, nicht zuletzt seinen ausgeprägten Sinn für Wirtschaftspolitik als ‚Kunst zweitbesten Lösungen‘ nur bewundern. Wir sollten sie auch besser nutzen“ (S. 236ff).

Günther Chaloupek

Anmerkungen

- ¹ Hutchison (1976) 508.
- ² Siehe dazu Tribe (2010).
- ³ Auch die zunehmende Bedeutung der Wissenschaft für Forschung, Entwicklung und Innovation ist für Smith ein Teilaspekt der zunehmenden Arbeitsteilung.

Literatur

- Hutchison, Terence, Adam Smith and the *Wealth of Nations*, in: The Journal of Law and Economics XIX (1976) 507-528.
- Tribe, Keith, Das „Adam Smith-Problem“ in der deutschen Smith-Rezeption, in: Kurz, Heinz. D. (Hrsg.), Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XXIV (Berlin 2010) 13-36.

Adam Smith – ein Markt- fundamentalist?

Rezension von: Reinhard Blomert,
Smiths Reise nach Frankreich oder
die Entstehung der Nationalökonomie,
Die andere Bibliothek, Berlin 2012,
310 Seiten, gebunden, € 35.
ISBN 978-3-847-70335-8.

„Es geht in dem folgenden Essay um nichts weniger als um die Korrektur eines seit dem neunzehnten Jahrhundert verzerrten Bilds von Adam Smith, als man den berühmten schottischen Moralphilosophen zum Urvater eines radikal-darwinistischen Marktverständnisses erklärte.“ Dies stellt Reinhard Blomert auf Seite 7 des vorliegenden Bändchens in Aussicht.

Ist der Versuch gelungen? Nun, er ist durchaus gelungen, jedenfalls wenn wir einen deutlich breiteren Referenzrahmen anlegen, als er in Blomerts einleitend-programmatischer Absichtserklärung zum Ausdruck kommt – und wenn wir auch jene Ansprüche an den Text etwas diskontieren, welche der Untertitel nahelegen könnte. Denn was sind die inhaltlichen Stärken des gefällig geschriebenen, bibliophil aufgemachten und in nummerierter Edition erschienenen Leinenbändchens?

Vor allem skizziert der Autor mit einiger Umsicht, welche widerspruchsvolle Übergangszeit Smiths 18. Jahrhundert war. In Blomerts Skizze prägen besonders deutlich drei Aspekte die Szenerie: Erstens die große europäische Politik, nicht zuletzt die Rivalität zwischen Frankreich und Großbritannien, die schon auf andere Kontinente übergriff, insbesondere auf Nordamerika. Zwei-

tens die Widersprüche und Wechselfälle des französischen Absolutismus und seines kulturellen Milieus zwischen Krisenerscheinungen und Reformeifer, zwischen Bigotterie und Aufklärung, zwischen höfisch geprägten Herrschaftsstrukturen, den Salons und der Entwicklung des Dritten Standes.

Diese Widersprüche arbeitet Blomert drittens auch anhand (ideen)geschichtlich bedeutender Figuren wie vor allem Voltaires heraus, dessen Leben und Wirken plastisch geschildert wird. Auch führende physiokratische *économistes* wie Quesnay und Turgot werden uns nähergebracht.

Adam Smith schätzte Voltaire (den er auf seiner Frankreich-Reise traf) bekanntlich sehr, trotz aller Unterschiede in Temperament und theoretischer Perspektive. Die französischen Physiokraten waren für ihn im Zuge der Arbeit am „Wealth of Nations“ zweifellos von großer Bedeutung. Und Smith in Bezug zur Geschichte Frankreichs des 18. Jahrhunderts zu setzen, führt uns trefflich vor Augen, dass Smith keine Lokalgröße, sondern ein Denker von europäischem Format war.

All dies referiert Blomert in lockerem Erzählton, eingeflochten in die Story von Smiths Frankreich-Reise (1763-1765), welche diesen als Tutor des jungen Herzogs von Buccleuch nach Toulouse, Genf und in die intellektuellen Salons von Paris führte. Diese Art der Darstellung führt natürlich zu einem Bild, das in Hinblick auf seine Tiefenschärfe nicht mit jenem zu vergleichen ist, das etwa Donald Winch seit Jahrzehnten von den Bezügen Smiths zum britischen 18. Jahrhundert zeichnet. Dies gilt auch für die im einleitenden Zitat angekündigte Neuinterpretation Smiths, welche der im 19. Jahrhundert aufgekommenen Perspektivierung

Smiths als Marktfundamentalisten entgegengesetzt ist.

Eine mittlerweile reichhaltige Literatur, von Donald Winch und Gerhard Streminger über Nicholas Phillipson bis zu Emma Rothschild (um nur einige der bekannteren Autoren zu nennen) versucht mit unterschiedlichen Akzentuierungen, den besonderen Charakter Smiths als Liberaler, als Aufklärer und als Ökonom herauszuarbeiten. Bestimmte sozialliberale Züge Smiths treten dabei unterschiedlich stark hervor. Es ist indes im Lichte dieser Literatur seit Längerem klar, dass Smith kein verteilungs- und machtblinder Marktfundamentalist war. Und er war zudem kein konservativer Wirtschaftsliberaler im U.S.-amerikanischen Sinn, sondern ein Aufklärer mit Skepsis gegenüber technokratischem Absolutismus. Diese besonderen Merkmale von Smiths Theorie und Politik (sie stehen in der Tat dem Bild Smiths als Marktfundamentalisten entgegen) kommen bei Blomert nicht ganz so prägnant zum Ausdruck wie in dieser Literatur, auf die er sich weder direkt noch indirekt bezieht. (Von Gerhard Streminger, der ebenfalls in diese Literatur einzuordnen ist, wird die bei rororo erschienene Smith-Biographie zitiert, aber nicht die mehr interpretatorischen Schriften.)

Manche der spezifischen Züge Smiths als Aufklärer verblassen dabei etwas. So wird eine berühmte Schlüsselstelle im Hinblick auf Smiths Politikverständnis (Smith kritisiert darin einen technokratischen Absolutismus, der Menschen in realen Gesellschaften mit Figuren auf einem Schachbrett gleichsetzt und plädiert für eine Art Politik des Zweitbesten) auf Seite 262 auf eine Kritik an der Bewunderung politischer Figuren durch ihre Parteigänger reduziert.

Das hübsche Bändchen ist mit einer passenden Anzahl von netten Illustrationen und mit einem Endnotenapparat von über 30 Seiten ausgestattet, in dem neben bibliographischen Referenzen interessante Zusatzinformationen und Erläuterungen zu finden sind. Manches davon wirft indes für die kapriziös an Details interessierte Leserin neue Fragen auf, so etwa der Bezug auf „Keynes und sein(en) Schüler Sraffa“ (S. 286, Endnote 33). Aber das ist ein anderes, dogmengeschichtlich womöglich weites Feld. Wir bleiben bei dem, was im vorliegenden Kontext wesentlich ist: „Adam Smiths Reise nach Frankreich“ wirft auf unterhaltsame Art ein spezifisches, selektives Schlaglicht auf Smiths kurzes 18. Jahrhundert – und ist deshalb durchaus lesenswert.

Richard Sturn

Macht wachsender Wohlstand glücklich?

Rezension von: Joachim Weimann,
Andreas Knabe, Ronnie Schöb,
Geld macht doch glücklich. Wo die
ökonomische Glücksforschung irrt,
Schäffer-Poeschl Verlag, Stuttgart 2012,
214 Seiten, € 29,95.
ISBN 978-3-791-03194-1.

Um einem dringenden Bedürfnis abzu-
zuhelfen, geht eine steigende Zahl von
Autoren daran, zu erforschen, wie man
das Wirtschaftswachstum beenden
könnte. Das ist freilich keine ganz neue
Erscheinung, weil die Entwicklung der
Industriewirtschaft stets von solchen
Bemühungen begleitet wurde. Das be-
ginnt mit John Stewart Mill, erfährt mit
Karl Marx einen ersten Höhepunkt, fin-
det in Werner Sombart einen akzentu-
ierten Vertreter und wird von John
Maynard Keynes zumindest gestreift.
Die gegenwärtige wirtschaftliche Stag-
nation scheint jedoch einen besonde-
ren Anreiz für solche Überlegungen zu
bieten.

Die Argumente, mit welchen das ka-
pitalistische System, das ja für perma-
nentes Wachstum steht, perhorresziert
wird, sind vielfältig. Ein zentrales liegt
jedoch in seiner moralischen Verwerf-
lichkeit, da es Verhaltensweisen provo-
ziert oder zumindest verstärkt, wie per-
manente Gier nach Mehr, rücksichtslo-
sen Wettkampf sowie Arbeit bis zur Er-
schöpfung; die materialistische Aus-
richtung deformiere den menschlichen
Charakter. Und diese Schäden erwie-
sen sich überdies als besonders ab-
surd, als in den entwickelten westli-
chen Industriestaaten zusätzliches

Einkommen nichts mehr zur Erhöhung
des Wohlbefindens beitrage.

Das widerspricht natürlich strikt der
neoklassischen Annahme, dass die
Wirtschaftssubjekte die Maximierung
des Einkommens und damit auch ihres
Wohlbefindens anstreben. Diese Po-
sition erschütterte Richard Easterlin,
indem er den empirischen –auf Basis
von Befragungen – Nachweis erbrach-
te, dass wachsendes Einkommen zwar
auch höheres individuelles Wohlbefin-
den hervorruft, dass sich aber über die
Zeit, trotz dessen allgemeiner Steige-
rung, kein solcher Effekt zeige – die Le-
benszufriedenheit bleibe konstant.

Individuelle Glücksdeterminanten

Wenn aber, so fragen die Autoren
dieses Buches, Geld nicht glücklich
mache, was dann? Hier kann man auf
die in den letzten Jahren sehr intensiv
betriebene Glücksforschung zurück-
greifen.¹ Von den individuellen Fakto-
ren sind es genetische und solche der
Persönlichkeit sowie das Alter und die
Gesundheit. Im Gegensatz zur weitver-
breiteten Vorstellung zeigt sich die Le-
benszufriedenheit nach Jahren U-för-
mig verteilt, wobei der rechte Ast noch
höher reicht als der linke. Diese Gege-
benheit wurde von den Österreichern
offenbar intuitiv erfasst, weshalb sie
mit allen Mitteln einen möglichst frühen
Pensionsantritt anstreben.

Zu den Lebensereignissen, welche
die Lebenszufriedenheit fördern, zählt
in erster Linie die Ehe. Eine glückliche
langfristige Bindung wirkt sich in vieler
Hinsicht außerordentlich positiv auf
das Befinden aus. Daher verursachen
Scheidung und Tod des Partners oft
eine dramatische Verschlechterung.
Angenehme Umweltbedingungen be-
wirken, ebenso wie persönliche und

politische Freiheit, gleichfalls positive Effekte.

Von den ökonomischen Determinanten des Wohlbefindens fällt selbstverständlich die Arbeitslosigkeit am stärksten ins Gewicht. Und zwar nicht nur die eigene, sondern häufig auch die der gesamten Bevölkerung – weil man gewärtigen muss, auch davon betroffen zu werden. Während man der Inflation keinen relevanten Einfluss zurechnen kann, gilt das wohl für die Einkommensverteilung. Die Einwohner von Staaten mit gleichmäßigem Einkommensniveau legen eine vergleichsweise hohe Lebenszufriedenheit an den Tag.

Die Möglichkeiten der Glücksforschung

Der Zweifel daran, dass steigendes Einkommen das Wohlbefinden erhöht, hat manche Regierungen veranlasst, hochrangige Kommissionen – Sarkozy engagierte vier Nobelpreisträger: Joseph Stiglitz, Amartya Sen, Daniel Kahneman und Kenneth Arrow – einzusetzen, um relevantere Maßstäbe für das Wohlbefinden der Bevölkerung auszuarbeiten, als sie das BIP vermittelt. Die Resultate dieser Bemühungen hielten sich in engen Grenzen: Sie beschränkten sich im Wesentlichen auf Vorschläge, das BIP durch weitere Indikatoren zu ergänzen und den Beitrag des öffentlichen Dienstes genauer zu erfassen. Als schließlich andere Autoren die zusätzlichen Indikatoren mit dem BIP korrelierten, zeigt sich ein enger Zusammenhang, sodass sich der ganze Aufwand als sinnlos herausstellte. Hier erwies sich die Glücksforschung als ergiebiger.

Dieser indessen schon sehr umfangreiche Zweig der Wissenschaft beruht

auf dem Prinzip einer direkten Befragung der Bevölkerung über ihre Lebenszufriedenheit, welche auf einer Skala von 0 bis 10 anzugeben ist. Freilich darf man nicht undifferenziert an deren Ergebnisse herangehen, sondern muss die verschiedenartigen Ausprägungen des Glücksgefühls berücksichtigen. Man sollte zwischen kurz- und längerfristigen Effekten unterscheiden sowie in Rechnung stellen, dass nach dem Gesetz der Psychologen Fechner und Weber Veränderungen der Empfindungen nicht linear, sondern logarithmisch wahrgenommen werden. Dies bedeutet aber, dass sich auch die Lebenszufriedenheitskurven, wenn sie sich dem Wert 10 nähern, abflachen. Ferner sollte man zwischen emotionalem und kognitivem Wohlbefinden unterscheiden und sich letztlich in philosophische Gefilde begeben, indem man dem hedonistischen Glück das eudämonische gegenüberstellt. Letzteres orientiert sich an objektiven Maßstäben eines tugendhaften Lebens im aristotelischen Sinne.²

Die Relevanz des Easterlin-Paradoxons

Im Lichte aller dieser Überlegungen analysieren die Autoren nun das Easterlin-Paradoxon, wobei sich eine Reihe interessanter Befunde ergeben. Zunächst erwies sich dessen statistische Basis, das „World Value Service“ als unzulänglich, weil verzerrt. Mit den Daten des „Gallup World Poll“ ergibt sich für 2011 ein recht deutlicher positiver Zusammenhang zwischen Einkommen und Lebenszufriedenheit, wenngleich ab 15.000 Dollar Jahreseinkommen schwächer ausgeprägt. Das kann in Anbetracht des Fechner-Weber-Ge-

setzes nicht überraschen. Schließlich fordert auch jede Gewerkschaft Lohnsteigerungen in Prozent. Aber darüber hinaus muss noch die fundamentale Frage geklärt werden, ob die Skala der Befragten über Zeit und Ort vergleichbar ist. Die Menschen gewöhnen sich nämlich an die jeweiligen Gegebenheiten und gehen in ihrem Urteil von diesen aus. Aus diesem Grund kann man eine langfristige Steigerung auf der Skala nicht erwarten.

Was schließlich der Diskussion über das BIP als Maßstab des Wohlbefindens anbelangt, weisen die Autoren darauf hin, dass dieses schließlich nicht nur individuelle Einkommen steigen lässt, sondern auch jenes der öffentlichen Hand, welches dieser die Möglichkeit eröffnet, jene vielfältigen Einrichtungen zu schaffen, welche gleichfalls das Wohlbefinden der Bürger steigern.

Die anthropologischen Bedingungen

Letztlich wenden sich die Autoren noch dem Argument zu, der Kapitalismus deformiere die Psyche des Menschen dadurch, dass er ihn dazu verleite, nicht nur sein Einkommen permanent zu steigern, sondern auch durch rücksichtslose Konkurrenz seine Position gegenüber anderen zu verbessern. Diese Orientierung nach einem Bezugspunkt, finden die Autoren, sei nämlich gleichfalls genetisch bedingt:

„Menschen streben nicht nach höheren Positionen, weil sie sich nicht über andere Menschen erheben wollen und weil sie nur aus relativer Stärke Bestätigung und Glück ziehen können, sondern weil die Orientierung an ‚den anderen‘ eine rationale Strategie ist, mit der man die besten Entscheidungen für sich selbst treffen kann. Die Referenzpunkte dienen lediglich der Orientierung, um den besten Weg zum eigenen Glück zu finden“ (S. 149).

Damit ist natürlich nicht gesagt, dass nicht manche Menschen tatsächlich versuchen, sich über andere Menschen zu erheben, aber dass die Mehrheit ihr Glück relativ zu ihrem Potenzial misst, also durch einen Vergleich mit dem Referenzpunkt. Dieser kann sich im Zeitablauf verschieben und damit auch die Skala ändern – womit sich das Easterlin-Paradoxon auflöst.

Des Weiteren erklärt sich daraus aber auch die Nützlichkeit des Wettbewerbes. Dieser wird von unserer Gesellschaft im Sport vehement begrüßt, sollte aber im Sozialen schaden? Er tut das schon deshalb nicht, weil dadurch ein gewisses soziales Auswahlverfahren sichergestellt ist; nicht zu reden davon, dass er Energien freisetzt, die Kreativität fördert und nicht zuletzt die Macht begrenzt. Das heißt aber, dass der Wettbewerb nicht nur relative Positionen verändert, sondern dass als externer Effekt auch das jeweilige Gesamtniveau gesteigert wird. Er repräsentiert offensichtlich einen starken Antrieb der Industriellen Revolution.

Abgeschlossen wird das Buch durch einen – gleichfalls luzid geschriebenen – Anhang, der es unternimmt, die Glücksforschung in die Entwicklung der ökonomischen Theorie einzuarbeiten. Eine kleine Bemerkung am Rande: Man wählt nicht zwischen zwei Alternativen, sondern zwischen zwei Möglichkeiten einer Alternative.

Die Autoren haben mit ihrer Arbeit eine außerordentlich fundierte sowie umfassende Information über Charakter wie Probleme der Glücksforschung vorgelegt. Es versteht sich von selbst, dass sie damit auch alle in jüngerer Zeit entstandenen Fragen dieses Be-

reiches diskutiert und versucht haben, die Probleme zu klären und plausible Antworten zu finden. Das Buch ist klar, flüssig und zuweilen auch humorvoll geschrieben. Es ist jedem Interessierten wärmstens zu empfehlen.

Felix Butschek

Anmerkungen

- ¹ Siehe auch: Tichy, Gunther, Zentrale Ergebnisse der Forschung über Lebenszufriedenheit, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 37/3 (2011).
- ² Siehe etwa Skidelsky, Robert; Skidelsky, Edward, *How Much is Enough? Money and the Good Life* (New York 2012).

Minderheiten und Minderheiten-politik

Rezension von: Jost W. Kramer, Robert Schediwy, *Minderheiten*. Ein *tabu-belastetes* Thema, Lit-Verlag, Berlin 2012, 178 Seiten, broschiert, € 29,90. ISBN 978-3-643-50418-0.

Jost W. Kramer und Robert Schediwy haben ein wichtiges Buch zu dem höchst aktuellen Thema „Minderheiten“ geschrieben. Minderheiten sind ubiquitär, und zwischen Minderheit und Mehrheit besteht oft ein spannungsgeladenes Verhältnis, das auf Gegenseitigkeit beruht. Nicht selten sind diese Spannungen der wahre Grund für opferreiche Konflikte, ja Gräueltaten, deren Monströsität jene „konventioneller Kriege“ oft übersteigt. Häufig jedoch werden in der politischen Diskussion ganz andere Ursachen genannt.

Wird es z. B. nicht immer klarer, dass es sich bei den derzeitigen politischen und bürgerkriegsähnlichen Unruhen im arabischen Raum nicht unbedingt um den Kampf der unterdrückten Mehrheit für mehr westliche Demokratie handelt? Ernst zu nehmende Beobachter weisen darauf hin, dass es hier vielmehr oft um die Ablösung der Hegemonie einer religiösen Gruppe oder eines Stammes über die anderen geht. Das Beispiel zeigt auch, dass nicht immer die Mehrheitsbevölkerung die Minderheiten unterdrückt, sondern dass es auch durchaus hegemoniale Minderheiten und von ihnen diskriminierte, ja verfolgte Mehrheiten gibt. Die empirische Relevanz von Konflikten zwischen Mehrheit und Minderheit wird also nicht immer wahrgenommen.

Die typologische Vielfalt wie auch die Häufigkeit von Mehrheiten/Minderheiten ist jedoch groß. Kramer und Schediwy meinen, dass es Minderheiten „oben“ und „unten“ gibt: reiche Handelsherren und Großgrundbesitzer ebenso wie eingewanderte Lohnarbeiter oder unfreiwillig rekrutierte Sklaven; Kolonialadministratoren in eigenen Stadtvierteln und ausgebeutete Bauarbeiter in Containern oder anderen Massenquartieren; friedliche Musikantenclans, organisierte Bettler oder autoritäre Polizisten im Sold einer Fremdherrschaft; ja selbst solche, die nur zum Lernen und Studieren gekommen sind – alles das soll in der Folge nicht in der fatalen Tradition einseitig psychologischer Vorurteilsforschung verdrängt, sondern möglichst rational erörtert werden.

Die Autoren vertreten also die Meinung, dass seit Jahrzehnten „die herrschende Lehre“ bei der Analyse von Konflikten das Minderheiten-Mehrheiten-Problem nicht einfach irrtümlich übersehen, sondern die realiter gegebene Vielfalt des Problems wissenschaftlich und politisch vereinfachend auf das auf der psychologischen Ebene zu klärende Problem der Existenz von Vorurteilen abgeschoben habe. Empirische Analyse würde durch moralische Betrachtung, empirische Ursachenforschung durch moralische Verurteilung (die „Moralkeule“) ersetzt. Nicht der Existenz von Minderheiten/Mehrheiten wird eine relevante gesellschaftliche Wirkung *sui generis* zuerkannt, sondern ausschließlich den *a priori* nicht gerechtfertigten Urteilen (i. e. Vorurteilen), die sich an der Existenz entzündeten. Sollte es also mit der Existenz von Minderheiten/Mehrheiten verbundene Probleme geben, so müssten diese durch Abbau gruppen-

spezifischer Vorurteile und nicht durch die Verhinderung/Lösung realer Probleme der involvierten Gruppen gelöst werden.

Schon der Untertitel des Buches „Ein *tabubelastetes* Thema“ weist auf die Kernaussage des Buches hin: Die Behauptung, dass es eine reale Basis für Minderheiten-Mehrheiten-Probleme gebe, sei in der Folge des Holocaust seit den Fünfzigerjahren und weitgehend auch noch heute *tabu*. Die Aufforderung zur Erörterung empirisch feststellbarer und begründbarer Interessenkonflikte werde als Versuch einer Abminderung von Schuld interpretiert und könne nicht geduldet werden. Wer dieses *Tabu* breche, würde sofort in die rechtsradikale Schmutzdecke gestellt und mundtot gemacht.

Kramer und Schediwy meinen, dass damit ein schwerwiegender Fehler gemacht werde. *Ex post* würde man der unheilvollen Geschichte Mitteleuropas nicht wirklich gerecht werden können, *ex ante* aber verbaue man sich die Möglichkeit, durch konkrete, empirisch fundierte Maßnahmen nicht ganz unwahrscheinliches neues Unheil ebenda zu vermeiden. Die Verfasser gehen sogar so weit, zu meinen, dass neues Unheil nicht nur nicht unwahrscheinlich, sondern eher wahrscheinlich sei, und weisen vor allem auf die islamischen „Parallelgesellschaften“ hin, die sich in manchen westeuropäischen Demokratien zunehmend bildeten.

„Parallelgesellschaften“ seien dann gegeben, wenn – oft aus religiösen, oft aber auch aus anderen Gründen – eine einseitige, oft aber auch gegenseitige Absonderung/Abschließung zwischen Minderheit und Mehrheit geschähe, welche die Lebensmöglichkeiten der beiden Gruppen begrenzte. Von grundsätzlicher Bedeutung würde dies

vor allem, wenn eine wachsende Minderheit die Wertordnung der Mehrheitsbevölkerung (z. B. den säkulären Staat) nicht zu akzeptieren bereit sei, sich nicht „integriere“ oder „assimiliere“. Ein Kulturkampf und Schlimmeres wären dann wahrscheinlich, Radikalisierung und Extremismus wahrscheinlich die Folge. Integration und Assimilation brauchten relativ lange Zeit. Geschähe die Minderheitenbildung aber – meist als Folge besonderer politischer und/oder politischer Gegebenheiten – sehr rasch, dann sei die Zeit zu kurz und der Konflikt vorprogrammiert. Fördere man die Abschottung durch Heiratsverbote zwischen Mehrheit und Minderheit, dann sei die Abschließung umso wahrscheinlicher. Die politische Schlussfolgerung daraus müsse wohl sein, Immigration zeitlich zu dehnen, Immigranten mit kompatibleren Wertvorstellungen zu bevorzugen, Heirat über Gruppengrenzen zu fördern, Familienzusammenführung eher einzudämmen etc.

Kritiker werden wahrscheinlich sagen, dass „die Kuh doch schon aus dem Stall sei“, d. h. dass alles, vor dem im Zusammenhang mit islamischen Parallelgesellschaften gewarnt wird, eigentlich bereits passiert und in unseren Städten schon zu besichtigen sei. Robert Schediwy (leider ist Jost W. Kramer mittlerweile verstorben) würde möglicherweise als Antwort auf die beunruhigende Entwicklung in Nordafrika und auf verstärkte Fluchtbewegungen nach Europa hinweisen und Probleme voraussagen, welche aus Sicht der von ihm kritisierten „Gutmenschen“ primär wohl eine moralische Herausforderung für die Zielländer und nicht mehr bedeuteten, für einen „Realisten“ aber eine unvorstellbare Verschärfung schon bestehender realer Probleme.

Tatsächlich ist es diese Auseinandersetzung mit den „Gutmenschen“ (vor allem mit den Anhängern Adornos) und ihren politischen Anschauungen bezüglich der Minderheitenfrage, die das Buch treiben – eine Auseinandersetzung, die Robert Schediwy (in der Literatur nachzulesen) schon seit den Siebzigerjahren führt. Nicht die konkreten Maßnahmen sind so sehr sein Erkenntnisziel, als der richtige empirisch-kritische Denkstil, mit dem das Minderheitenproblem zu betrachten und zu lösen ist.

Nichtsdestoweniger gibt es im „Ausblick“ doch eine Reihe konkreter politischer Vorschläge. Interessant scheint die Forderung nach einer Haltungsänderung der EU, die in Sachen der wirtschaftlichen Integration islamischer Länder und der damit verbundenen Wanderungsbewegungen klarere Abgrenzungen schaffen möge. Es ginge hier eben nicht um die Bekräftigung eines überholten Begriffes des christlichen Abendlandes, sondern um die Garantie der Werte einer sekulären, laizistischen Gesellschaft, die den christlichen so wie jeden anderen Fundamentalismus hinter sich ließe. Geschähe dies nicht, dann sehen die Autoren ein „furchtbares Konflikt- und Progromszenario“, das, wie schon in den 1930er-Jahren, evident machen würde, dass auch Kulturvölker der Barbarei fähig sind.

Im Gegensatz zu Thilo Sarazzin et al. fürchten sich die Autoren also nicht so sehr vor der „Umvolkung“ selbst, sondern ganz im Gegenteil vor der zuvor erwartbaren Barbarei des Mehrheitsvolkes. Verantwortliches Handeln ist in diesem Zusammenhang weniger der Schutz der Mehrheit vor der Minderheit, sondern der Mehrheit vor sich selbst (der eigenen Neigung zum Po-

grom) durch eine auf die lange Frist ausgerichtete realistische Minderheitenpolitik.

Ein wichtiger Teil des Buches ist einem weltweiten historischen Überblick über Minderheiten und Minderheitenprobleme gewidmet. Obwohl locker, ja beinahe feuilletonistisch geschrieben, bietet dies so viel Erkenntnisgewinn, dass die Lektüre des Buches schon allein deshalb lohnend ist. Der Überblick wird in der Tradition des Max Weber'schen Wissenschaftsprogramms angeboten, um anhand vieler Beispiele die konkreten empirischen Gegebenheiten aufzuzeigen, welche aus Minderheits-Mehrheits-Situationen ein Problem machen. Es ist die Existenz dieser Probleme selbst, aber auch die von den Autoren diagnostizierte Überforderung des Menschen, solche Probleme jenseits einer bestimmten Bandbreite ausschließlich in moralischen Kategorien zu begreifen und zu lösen, welche eine realistische Herangehensweise erfordert. Individualethisch bedeutet dies keine Absolution für individuell unethisches Verhalten, politisch aber die Notwendigkeit, auf Basis eines realistischen Menschenbildes die moralischen Herausforderungen an den Menschen nicht zu überdehnen (sie innerhalb der erwähnten Bandbreite zu halten).

Ein wenig dürften Kramer und Schediwy aber ihrem Glauben an die konfliktmildernde Wirkung einer Strategie der „Verlangsamung“ von Migrationsprozessen und vor allem einer gezielten Assimilierung selbst misstrauen. In einem Kapitel „Sonderfall Holocaust“ diskutieren sie den offenbaren Widerspruch, dass die entsetzlichste Vernichtung einer Minderheit gerade den Juden widerfuhr, also jener Minderheit, die sich besonders stark assimilierte.

Als Erklärung werden von den Autoren die Rasanz der Expansion der Minderheit einerseits und die Suche der Mehrheit nach einem Schuldigen für die Demütigungen der Kriegsniederlage 1918 andererseits angeboten.

Sie hätten natürlich auch die These der konfliktlösenden Wirkung von Assimilierung selbst hinterfragen können. Man könnte ja unter der „Assimilierung einer Minderheit“ einen Prozess verstehen, an dessen Ende diese Minderheit als kulturelle Identität nicht mehr existiert. Dies dürfte z. B. für die Tschechen in Wien zutreffen. Aric Brauer meinte einmal in einer seinem Leben gewidmeten Radiosendung, dass erst Hitler ihn zum Juden gemacht hätte, er wäre sich dieser Identität zuvor nicht bewusst gewesen. Dies traf aber wahrscheinlich für die Mehrzahl der Juden in Mitteleuropa (noch) nicht zu. Sie waren wohl meist in Habitus und Kultur

angeglichen, hatten aber sehr wohl noch den Eindruck einer eigenen, von der Mehrheit unterschiedlichen Identität, die wert schien, aufrechterhalten und gepflegt zu werden. Die Mehrheit duldet das nicht. Fordern Kramer und Schediwy daher Assimilierung und meinen Aufgabe der Identität? Die Frage bleibt offen.

Spannend wäre es vielleicht auch gewesen, den Fall einer Minderheit zu behandeln die aus einem existenten (ausländischen) Mutterland stammt, welches Interesse hat, die distinkte Identität der Minderheit zu erhalten und Schutzmachtfunktion auszuüben. Assimilierung ist dann möglicherweise eine schwierigere Aufgabe als im Falle einer „einsamen“ Minderheit. Die Aktualität der Fragestellung in Hinblick auf die Türkei liegt auf der Hand.

Werner Teufelsbauer